

# 2024

## Jahresbericht



# Team Drop Out



[@gangwaydropoutfocus](#)

[@dropoutxhaingangway](#)

[@gangwaydropoutmitte](#)

Das Bild auf S. 6-7 stammt von Henry Addo über Unsplah.  
Das Bild auf S. 34 stammt von Marvin Meyer über Unsplah.  
Alle weiteren Bilder aus diesem Bericht stammen vom Gangway-Kollegium.  
Alle Icons stammen von flaticon.com

Herausgeber:



Gangway - Straßensozialarbeit in Berlin e.V.  
Schumannstraße 5  
10117 Berlin  
[info@gangway.de](mailto:info@gangway.de)  
030 283023-0



Diesen und weitere Jahresberichte von Gangway von der Website downloaden:

# Inhalt

**02** Einleitung

---

**10** Drop Out Focus

---

**16** Drop Out Mitte

---

**22** Drop Out Neukölln

---

**26** Drop Out Treptow-Köpenick

---

**29** Drop Out X-hain

---

**34** Überregionales Clearing

---

**35** Statistik

---

**46** Ausblick

---

**48** Allgemeine Angaben





## Einleitung

**„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wohnungs- und Obdachlosigkeit verletzen die Menschenwürde. Das Leben ohne Wohnung und insbesondere das Leben auf der Straße [...] stellen zugleich die extremste Form von Armut, Ausgrenzung und gesundheitlicher Gefährdung in unserem Land dar. Es ist Aufgabe aller staatlichen Akteure, wohnungs- und obdachlosen Menschen zur Verwirklichung ihrer Grund- und Menschenrechte zu verhelfen. Ihnen Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen, gebietet nicht nur das Sozialstaatsprinzip [...], sondern auch die soziale Verantwortung aller Akteure sowie die Solidarität der Menschen untereinander in einer solidarischen Gesellschaft. Diese Verantwortung gilt sowohl unabhängig von der Frage, wie die betroffenen Menschen in diese Situation geraten sind, als auch unabhängig von ethnischer Herkunft, sozialem Status, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung.“**







## Wunsch und Wirklichkeit

Im selben Jahr, in dem die Bundesregierung mit dem Zitat auf der vorigen Seite den Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit beschließt, werden von derselben Bundesregierung und fast allen Oppositionsparteien im Bundestag und in den Medien Debatten über Bürgergeldkürzungen, Streichungen von Sozialleistungen und Einschränkungen von Asylrechten geführt. Zeitgleich tritt das Thema der sich verschärfenden Wohnungsnot und des profitorientierten Immobilienmarktes immer mehr in den Hintergrund. Beides zusammen kann als fatal bewertet werden, da genau dieser Diskurs und seine realen Folgen aus unserer Sicht zu weiterer Wohnungsnot, Armut und Obdachlosigkeit führen werden. Diese Diskursverschiebung – von einer solidarischen Gesellschaft und dem Sozialstaatsprinzip zu einem Leistungsdenken und individualisierter Problemverantwortung – führt zu einem gesellschaftlichen Klima, in dem sozialdarwinistische und rechte Tendenzen sowie Narrative wieder mehrheitsfähig werden.

Vor dem Hintergrund angespannter öffentlicher Haushalte, einer schlechten Wirtschaftslage und massiv steigender Verteidigungsausgaben ist leider zu erwarten, dass Gelder an vielen anderen Stellen eingespart werden. Da Optionen von Mehreinnahmen durch Umverteilung oder höhere staatliche Investitionen durch Lockerung der Schuldenbremse absehbar keine politischen Mehrheiten im Bundestag haben, ist anzunehmen, dass Kürzungen dort vorgenommen werden, wo der geringste Widerstand erwartet wird. Am Ende trifft es Sozialleistungen, die insbesondere marginalisierte Gruppen in prekären Lebenslagen unterstützen sollen, um ihnen ein selbstbestimmtes und gesundes Leben zu ermöglichen. Um diese Kürzungen zu rechtfertigen, werden neoliberale Verwertungslogiken bemüht. So werden einerseits die vermeintlichen Leistungsträger mit den höchsten Einkommen und Vermögen steuerlich begünstigt und im Bereich der Sozialversicherungen bevorteilt. Andererseits wird Bürgergeldempfänger:innen unterstellt, dass sie in großen Teilen arbeitsunwillig seien und es sich „in der sozialen Hängematte“ bequem machen. Gleichzeitig wird hier nicht nur „Oben“ gegen „Unten“ ausgespielt, sondern auch Stimmung gegen marginalisierte Gruppen wie Geflüchtete und Asylbewerber:innen gemacht. Der „hart arbeitenden Mitte“ wird suggeriert, dass diese Gruppen einen direkten negativen Einfluss auf ihren Lebensalltag nehmen, indem sie beispielsweise „Zahnarzttermine wegnehmen“ würden. Während das eigentliche Problem die Unterfinanzierung der Sozial- und Krankenkassen ist. Solche Aussagen basieren also nicht auf Fakten, sondern sind ganz klar Populismus.

Wir bemerken diesen populistischen gesellschaftlichen Wandel zunehmend in unserer Arbeit. So steigt insbesondere die Gewalt gegenüber obdachlosen Menschen. Auch innerhalb der Adressat:innengruppe spiegeln sich immer öfter Neiddebatten und gruppenbezogene Feindseligkeiten der Gesamtgesellschaft wider.



<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-10/wohnungsl%C3%B6sigkeit-gewalt-gegen-obdachlose-gestiegen-bundesinnenministerium>



## Berliner Verhältnisse

Im vergangenen Jahr waren bereits Anzeichen für eine Verschlechterung des Berliner Hilfesystems erkennbar.

Im Herbst 2024 wurde durch die unsichere Haushaltslage sowie die in Frage gestellte Tarifvorsorge die bestehende Wohnungslosenhilfe bedroht. In der Konsequenz würden die perspektivischen Haushaltskürzungen den Fachkräftemangel in diesem Bereich durch unattraktive Bezahlung weiter verschärfen oder zu einer Reduktion des Angebots führen. Ganz konkret standen zudem existenzbedrohende Kürzungen für bestimmte Projekte, wie z. B. die Frostschutzengel und KLIK e.V., im Raum.

Am Ende des Jahres war damit für viele Angebote der Wohnungslosenhilfe die weitere Perspektive unklar. Der geplante Ausbau der 24/7-Unterkünfte wurde im letzten Jahr ebenfalls nicht fortgesetzt und die Anzahl der Notschlafplätze in der Kältehilfe deckt auch weiterhin nicht den Bedarf.

Unsere Arbeit richtet sich an Adressat:innen, die häufig multiple und komplexe Problemlagen haben und vom institutionalisierten Hilfesystem nicht (mehr) erreicht werden.

Daher sind wir zur Unterstützung der Adressat:innen auf eine funktionierende Hilfestruktur angewiesen, um die Menschen weitervermitteln und nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation erzielen zu können. Entfallen wichtige, spezialisierte Angebote wie die Beratung für EU-Bürger:innen, niedrigschwellige Übernachtungsmöglichkeiten oder werden dem gestiegenen Bedarf nicht angepasst, stehen wir regelmäßig vor dem Problem, v. a. Adressat:innen mit ungeklärten Leistungsansprüchen nicht mehr anbieten zu können, als die akute Überlebenshilfe auf der Straße.

Der Ausbau der Housing First-Projekte in den letzten Jahren ist aus unserer Sicht der richtige Weg, um Obdachlosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Zu Beginn des Jahres haben wir mehrere Adressat:innen vermitteln können, von denen im Laufe des Jahres auch einige einen Mietvertrag unterschreiben konnten. Trotz der positiven Entwicklung in diesem Kontext bleibt festzuhalten, dass der Bedarf bei weitem nicht gedeckt und ein massiver Ausbau an dieser Stelle notwendig ist.

Alles in allem ist die Überwindung der Obdachlosigkeit, das Erreichen der Ziele des Masterplans 2030, mit den oben beschriebenen Entwicklungen in den verbleibenden fünf Jahren objektiv nicht zu erreichen. Während Mittel absehbar auch in den kommenden Jahren für die Wohnungslosenhilfe weiter in Frage gestellt und voraussichtlich gekürzt werden und sich die Situation der prekär lebenden Adressat:innen dadurch weiter verschärft, wird auf der anderen Seite zunehmend mit repressiv wirkenden Maßnahmen agiert, um der steigenden sichtbaren Obdachlosigkeit im öffentlichen und halböffentlichen Raum zu begegnen – ganz nach dem Motto: „Aus den Augen, aus dem Sinn.“ Hierdurch werden betroffene Menschen zu einer Verschiebemasse. Es werden Symptome, aber nicht die zugrundeliegenden komplexen sozialen und gesellschaftspolitischen Ursachen bekämpft.

In Berlin-Mitte gab es immer wieder massive Räumungen, in Charlottenburg wird nach vermehrten Beschwerden von Anwohnenden eine verschärfte Linie im Umgang mit „Platten“ gefahren, in Friedrichshain-Kreuzberg soll der Görlitzer Park umzäunt und nachts verschlossen werden und in Neukölln startete die BVG zu Beginn des Jahres 2024 die sogenannten „Reinigungsstreife“.



Im Februar 2024 startete die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) ihre Reinigungsstreife – ein Pilotprojekt, welches die Sicherheit und Sauberkeit in U-Bahnhöfen verbessern sollte und sich in der ersten Phase auf den südlichen Abschnitt der U8 zwischen Hermannstraße und Jannowitzbrücke beschränkte.

Die Maßnahmen umfassten laut BVG gemeinsame Streifen von Reinigungs- und Sicherheitskräften auf den Stationen rund um die Uhr, regelmäßige Reinigungen, einschließlich täglicher Nassreinigung einzelner Bahnhöfe, die verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal sowie die Zusammenarbeit mit Polizei und sozialen Trägern. Nach der dreimonatigen Pilotphase wurde das Projekt schließlich auf die gesamte Strecke der U8 ausgeweitet.

Der Idee, für mehr Sauberkeit und auch Sicherheit in U-Bahnhöfen zu sorgen, ist grundsätzlich nichts entgegenzusetzen. In der Praxis führt die gesteigerte Präsenz der Sicherheitskräfte unserer Beobachtung nach allerdings vor allem zur Vertreibung wohnungs-/obdachloser, drogenkonsumierender oder sonst wie als störend empfundener Personen aus den U-Bahnhöfen. Die mit diesem Reinigungs- und Sicherheitsprojekt einhergehenden Verdrängungsmaßnahmen versuchen letztlich eine ordnungspolitische Lösung für ein soziales Problem zu bieten – ein Trend, der sich z. B. auch beim geplanten Bau des Zaunes um den Görlitzer Park und dem restriktiven Leitfaden zum Umgang mit Obdachlosigkeit in Neukölln zeigt.

Trotz anderslautender Behauptungen in der Presse seitens der BVG, startete das Pilotprojekt ohne Absprache mit Trägern der Wohnungslosenhilfe. Uns erreichte hierzu keinerlei Information im Vorfeld, und auch in Arbeitskreisen und Gremien wurde mitgeteilt, dass andere Träger nicht eingebunden waren.

Grundsätzlich sehen wir die Vertreibung ganzer Personengruppen aus dem öffentlichen Raum kritisch und lehnen derartige einseitig ordnungspolitische Maßnahmen zur Lösung sozialer Probleme ab. Allerdings wäre ein gemeinsamer Dialog in der Vorbereitung des Projektes zumindest hilfreich gewesen, um sich fachliches Feedback bezüglich etwaiger Auswirkung der Maßnahmen auf die Adressat:innen sowie auf in diesem Umfeld agierende Sozialarbeit einzuholen und die BVG und ihre Sicherheitskräfte für unsere Adressat:innen zu sensibilisieren. Hier stellte sich für uns die Frage, inwieweit die eingesetzten Sicherheitskräfte im Umgang mit dieser Personengruppe geschult sind – gerade im Hinblick auf die Subunternehmen, welche für die BVG tätig sind. Unsere Wahrnehmung, dass die Sicherheitsdienste mitunter sehr einschüchternd, aggressiv und körperlich robust auftreten, deckt sich auch mit Erfahrungen unserer Adressat:innen. So ist in Gesprächen immer wieder von Machtmissbrauch und Racial Profiling die Rede, wenn es um die Maßnahmen der BVG geht. Auch ein Kollege der Stadtmission wies im AK City auf grenzwertige Begegnungen mit dem Sicherheitsdienst hin, als diese ihn während seiner fachlichen Tätigkeit im Gespräch mit Adressat:innen rüde des Bahnsteigs verwiesen.

Nach Kritik an der Umgangsweise der Securities kündigte die BVG an, ihr gesamtes Sicherheitspersonal diesbezüglich zu schulen. Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft darüber, ob hier eine Umsetzung stattgefunden hat. Bei einem Austausch mit dem Präventionsteam der BVG Sicherheit hatten wir immerhin die Möglichkeit, unsere fachliche Kritik an dem Projekt direkt an der zuständigen Stelle zu äußern.

Generell bedeutet die sog. Reinigungsstreife, dass vielen obdachlosen Menschen weitere der wenigen





## - Sicherheits- und Reinigungstreife

Orte genommen werden, die vor Witterungen und extremen Temperaturen schützen – sowohl im Winter als auch in den immer heißeren Sommermonaten. Durch den Mangel an Tagesaufenthalten oder adäquaten Unterkünften für obdachlose Menschen sind diese auf den Aufenthalt im öffentlichen Raum angewiesen und suchen entsprechend geschützte Orte auf. Die wenigen als spezielle Kältebahnhöfe ausgewiesenen U-Bahn-Stationen wurden seitens der BVG vor einigen Jahren eingestellt. Selbstverständlich hat die BVG weder den Auftrag noch die Möglichkeiten, die Obdachlosigkeit in Berlin zu beenden. Dennoch werden hier ganze Personengruppen von öffentlich zugänglichen Orten vertrieben, was in der Konsequenz auch nur zu einer Verlagerung führt. Sei es in die (umliegenden) Kieze, hinein in die Straßen, Treppenhäuser oder Hinterhöfe oder aber auf andere U-Bahn-Linien. Sowohl wir als auch die BVG selbst registrierten in der Folge eine Zunahme von Adressat:innen auf anderen Linien, auf denen (bisher) keine Securitities in diesem Ausmaß unterwegs sind.

Dies zeigt ganz klar, dass durch Verdrängung die Probleme nur verlagert, aber nicht gelöst werden. Dass die BVG als Reaktion auf diese Entwicklung die Reinigungstreife auch auf die Linien U1, U5 und U7 ausweitete, war zwar nicht überraschend – lösen wird sich das Problem dadurch aber nicht.

Statt auf Verdrängung und Repression zu setzen, wären der Ausbau der (Straßen-)Sozialarbeit, mehr niedrigschwellige Aufenthalts- und Übernachtungsmöglichkeiten, witterungsgeschützte öffentliche Orte mit Sitzgelegenheiten sowie mehr Drogenkonsumräume langfristige und wirksamere Ansätze.

Wir als Straßensozialarbeiter:innen stehen nach jeder Räumung oder sonstigen Verdrängungsmaßnahme vor dem Problem, die Adressat:innen, mit denen wir teils

langwierig tragbare Beziehungen aufgebaut haben, wiederzufinden. Für die Adressat:innen bedeutet das den Verlust von Kontakt- und Bezugspersonen sowie abgebrochene Hilfeprozesse. All das erschwert eine kontinuierliche Arbeit und die Vermittlung bzw. Anbindung der Adressat:innen ans Hilfesystem. Eine ganz konkrete Folge dieser Entwicklungen ergab sich an der U8-Station Leinestraße. Hier musste das Projekt der Kolleg:innen von Fixpunkt e.V. (Drogenkonsummobil) aufgrund ausbleibender Kontakte zu Adressat:innen beendet werden. Dies ist kein Ergebnis von gesunkenen Bedarfen, sondern von Verdrängungstendenzen und den daraus resultierenden Kontaktabbrüchen. Letztendlich wird nun wieder vermehrt an anderen öffentlichen Orten konsumiert, was beispielsweise nachfolgend im Teambericht Neukölln zu lesen ist.

Betrachtet man schließlich die Kosten, veranschlagt die BVG alleine für die dreimonatige Pilotphase auf einem kurzen Teilstück der U8 700.000€. Mit der angekündigten Ausweitung auf die gesamten Linien U1, U5, U7 und U8 (und womöglich künftig noch weitere) ist davon auszugehen, dass die Kosten insgesamt weitaus höher sein werden.

Hier stellt sich für uns die Frage, ob diese Mittel nicht in eine nachhaltige Versorgungsstruktur, der Ausweitung von Sozialarbeit, niedrigschwellige Aufenthaltsmöglichkeiten und Drogenkonsumräume besser investiert wären. Kurzzeitig werden die Personen durch Projekte wie die Reinigungstreife zwar aus dem Blickfeld gedrängt, langfristig löst man mit Ordnungspolitik jedoch keine komplexen sozialen Problemlagen.



Zum Reel

## Tag der Wohnungslosen #MenschenSindKeinMüll

Zum Tag der Wohnungslosen am 11. September hat das Drop Out Mitte Team in Zusammenarbeit mit Kolleg:innen von Drop Out Focus, Drop Out Neukölln und des Jugendteams Mitte City zwei Kundgebungen auf dem Alexanderplatz und vor dem Haus der Statistik durchgeführt, um auf die zunehmende Verdrängung obdachloser Menschen aufmerksam zu machen.

Unsere Forderungen veröffentlichten wir auch unter dem Hashtag #MenschenSindKeinMüll. Ziel ist es, dass hier insgesamt auf die Auswirkungen von Räumungen und Verdrängung obdachloser Menschen aufmerksam gemacht wird. Auch Kolleg:innen aus anderen Städten schlossen sich dem an, da auch sie mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind.

Die gesamte Aktion wurde durch Adressat:innen angestoßen und unterstützt. Insbesondere die stetigen und massiven Räumungen im Bezirk Mitte durch das zuständige Ordnungsamt, die Reinigungstreife der BVG sowie generell das in der Stadt zu beobachtende zunehmende repressive und ordnungspolitische Vorgehen gegenüber unseren Adressat:innen waren Anlass für die Kundgebungen.

Der Umgang mit unseren Adressat:innen lässt teilweise den Eindruck entstehen, als würden sich die sozialen Probleme der betroffenen Menschen einfach durch Ordnung und Sauberkeit wie Müll beseitigen lassen. Im Jahresbericht wird an verschiedener Stelle auf die konkreten Auswirkungen der Verdrängung eingegangen.

Die gemeinsamen Aktionen haben die Beziehungsarbeit mit unseren Adressat:innen und ihr gesellschaftspolitisches Engagement in eigener Sache gestärkt. Auch die bundesweiten Kooperationen und Bündnisse mit Kolleg:innen sind dadurch weiter gewachsen.







Nach Staub-Bernasconi begreift sich Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession, d. h. Sozialarbeit steht nicht nur im Zwiespalt der Interessen des Doppelmandats zwischen Geldgebenden/Politik und den Adressat:innen, sondern muss sich hierbei immer auf die universalen Menschenrechte als übergeordnete Handlungslinie berufen.

Die fachlichen Standards der BAG Streetwork gehen hier noch einen Schritt weiter: Sie sehen einen elementaren Teil der Straßensozialarbeit in der klaren parteilichen Haltung gegenüber den Adressat:innen und der deutlichen Abgrenzung gegenüber ordnungspolitischen und repressiven Aufträgen. Begründen lässt sich dies fachlich mit dem zwingend nötigen Vertrauensverhältnis in dieser Arbeit – richtet sich Streetwork doch explizit an Personengruppen, die vom institutionalisierten Hilfesystem nicht mehr erreicht werden können oder wollen.

Durch die Arbeit im öffentlichen Raum und mit Adressat:innen, deren Lebensmittelpunkt eben dieser öffentliche Raum ist, begegnet Straßensozialarbeit immer wieder (Nutzungs-)Konflikten zwischen Adressat:innen, Anwohner:innen, Gewerbetreibenden, privaten Sicherheitsdiensten, Ordnungsamt und Polizei. Die aktuelle politische Großwetterlage deutet seit einiger Zeit immer mehr auf Repression, Verdrängung und striktes Vorgehen gegen wohnungs- und obdachlose, drogengebrauchende oder sonst wie als „störend“ empfundene Menschen im öffentlichen Raum – auch unter dem (versuchten) Rückgriff auf (Straßen-)Sozialarbeit zur Durchsetzung ordnungspolitischer Ideen.

In vielen Fällen heißt das, die eigene Profession gegenüber dieser ordnungspolitischen Vereinnahmung zu verteidigen und eine klare Abgrenzung gegenüber den benannten Akteuren vorzunehmen.

Vor diesem Hintergrund befasste sich die diesjährige Tagung unter dem Titel „Zwischen allen Stühlen – Straßensozialarbeit und das politische Mandat – Positionen und Haltungen“ mit Fragen der Position von Straßensozialarbeit und der entscheidenden Haltung für das Arbeitsfeld: Welches (politische) Mandat hat Sozialarbeit und im speziellen Streetwork? In welchen politischen Rahmenbedingungen bewegen wir uns? Welche Erwartungen hat Politik an uns – welche haben wir an sie? Wie politisieren wir uns als Praktiker:innen? Oder besser doch nicht? Und wenn ja, wie ist unser Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen und welche Formen politischer Kommunikation benötigt es, um unsere sozialen, politischen und fachlichen Anliegen an den richtigen Stellen zu platzieren?

Die dreitägige Tagung fand im September 2024 in Kooperation mit Kolleg:innen aus Kiel, Dresden, Leipzig, Hamburg und Herne im Mehrgenerationenhaus Vinetazentrum in Kiel-Gaarden statt.

Neben Vorträgen und Workshops von Referent:innen aus Praxis, Forschung und Politik standen auch wieder die Exkursionen zu lokalen Trägern und Initiativen sowie die traditionelle After-Hour zum informellen Austausch auf dem Plan.

# Drop Out Focus

Wie in den Vorjahren waren die beiden Arbeitsschwerpunkte Bahnhof Zoo und Ostbahnhof durch die nach wie vor andauernden dortigen Umbauarbeiten geprägt. Während des Berichtszeitraums haben wir, abgesehen von der Fortsetzung der Beziehungsarbeit und der individuellen Unterstützung unserer Adressat:innen, eine Vielzahl an Gruppenaktivitäten durchgeführt und beteiligten uns aktiv an Diskussionen um die Gestaltung und Reglementierung der Sozialräume.

## Ostbahnhof

Die Probleme in der Bahnhofsmision am Ostbahnhof (Wasserschaden aufgrund der Umbauarbeiten), die 2023 auftraten, setzten sich fort und das Angebot war weiterhin immer wieder stark eingeschränkt. Die Arztpraxis am Stralauer Platz, direkt gegenüber des Bahnhofsgebäudes, stellte Anfang des Jahres ihr Angebot der Essensversorgung ein. Grund hierfür war nicht die geringe Nachfrage, sondern im Gegenteil war diese u. a. wegen der Schließung des Tagestreffs am Containerbahnhof (vorher im Hofbräuhaus) so groß, dass die Räumlichkeiten hierfür nicht mehr ausreichten und die Menge an Menschen das medizinische Angebot der Einrichtung störte. In der Folge wichen viele Menschen auf die Bahnhofsmision aus, die, wie bereits erwähnt, mit Bauschäden zu kämpfen hatte.

Im Dezember 2023 begann die sechsmonatige Testphase eines Projekts namens „Bahnhofsläufer:innen“ am Ostbahnhof und am Bahnhof Südkreuz. Finanziert wurde dies durch die Deutsche Bahn AG und die Bundespolizei. Anhand der Geldgebenden lässt sich sehen, dass das Projekt unter der Überschrift „Sicherheit und Ordnung“ zu verorten ist. Gleichzeitig wurde aber von dem durchführenden Unternehmen und von der DB kommuniziert, dass es auch ein soziales Projekt sei. Die Bahnhofsläufer:innen, die weder eine adäquate Ausbildung im Bereich Soziales noch Sicherheit und Ordnung hatten, sollten als Ansprechpartner:innen für alle Nutzer:innen des Bahnhofs zur Verfügung stehen, beschäftigten sich aber nach eigenen Angaben zu mehr als 90 % mit obdachlosen Personen. Wir wurden von den Verantwortlichen nicht über den Projektbeginn informiert, sondern erfuhren nur zufällig davon. Die Bahnhofsläufer:innen nahmen anfangs häufiger Kontakt zu uns auf, da sie obdachlose Menschen unterstützen wollten und hiermit überfordert waren. In Gesprächen mit den Mitarbeiter:innen mussten wir die Komplexität unserer Arbeit erläutern und stießen dabei auch an Grenzen, da wir manches nicht erklären konnten, ohne unsere Schweigepflicht zu verletzen. Im Endeffekt kostete uns die Auseinandersetzung mit den Bahnhofsläufer:innen zeitliche und personelle Ressourcen, ohne dass dies einen positiven Einfluss auf Hilfeprozesse hatte. Nachdem das Projekt gestartet war, wurden wir zu einem Gespräch mit verschiedenen Organisationen (DB, think si³, Bahnhofsmision, etc.) eingeladen. Hier äußerten wir unsere Kritik und erläuterten, dass eine Kooperation nicht sinnvoll und der Auftrag der Bahnhofsläufer:innen unklar ist. Nach der Testphase trafen wir uns noch mit einer Person, die das Projekt evaluierte, und äußerten die gleiche Kritik. Nichtsdestotrotz sind die Bahnhofsläufer:innen seit August 2024 zwischen den S-Bahn-Stationen Lichtenberg und Friedrichstraße dauerhaft unterwegs. Wer diese Verstetigung finanziert, ist uns nicht bekannt. Die Bahnhofsläufer:innen sind offensichtlich ein Instrument, das für Sicherheit und Ordnung sorgen soll und stellen für obdachlose Menschen keine Verbesserung dar. Unsere Kritik gilt nicht den durchführenden Menschen, sondern der Konzeption.







Nach den Querelen mit dem Little Homes e.V. im Vorjahr wurde der „Safe Place“ am Ostbahnhof ohne Kooperation mit dem Kölner Verein fortgesetzt, und zwei Hütten auf dem kleinen Areal durch neue, verbesserte Modelle ersetzt. Eine war zuvor vom Little Homes e.V. entfernt worden, eine andere war ausgebrannt. Auch in den neuen Hütten hat sich im Laufe des Jahres Schimmel gebildet, da diese ebenfalls wieder aus Holz bestehen.

Das Projekt Safe Places wurde im Laufe des Jahres auch in Neukölln installiert. Dort verkehrte sich die Konzeption nun endgültig ins Gegenteil der ursprünglichen Idee von Safe Places und vergrößert die Gefahr einer Absenkung von Unterbringungsstandards (siehe Drop Out Neukölln). Diesbezüglich gab es auch ein Gespräch mit My Life – My Way, die den Safe Place dort betreuen.

Am Ostbahnhof gibt es viele obdachlose Personen in desolaten gesundheitlichen Zuständen. Für viele ist es äußerst schwierig, ein passendes Angebot zu finden. Die wenigen Angebote, die es für diesen Personenkreis gibt, sind häufig zu hochschwellig oder Adressat:innen haben bereits Hausverbot in manchen Einrichtungen. Es ist jedoch keine Lösung, Menschen, die aufgrund ihrer psychischen Verfassung (oft gepaart mit einer erheblichen Suchtproblematik) Regeln nicht mehr einhalten (können), gänzlich der Straße zu überlassen und somit ihre schwerwiegende Problematik noch zu verschärfen, bis sie letztendlich obdachlos versterben.

Es gibt Einrichtungen für Menschen mit Pflegebedarf, die dann aber nicht für abhängige Personen geeignet sind. Andere lehnen Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf ab, obwohl sie konzeptionell darauf ausgerichtet sind, sie dies aber personell nicht leisten können. Mit zunehmender Komplexität der Problemlagen wird es daher schwieriger bis quasi unmöglich, bedarfsgerechte, niedrigschwellige Angebote zu finden. Zudem ist der Bedarf deutlich höher als das Angebot.

Positiv war Anfang des Jahres die Eröffnung neuer Housing-First-Projekte. Es gelang uns, mehrere Adressat:innen erfolgreich in das Projekt von My Life – My Way zu vermitteln, da wir relativ kurzfristig Termine vereinbaren konnten. Im Laufe des Jahres war dann die Nachfrage wiederum so hoch, dass keine weiteren Vermittlungen mehr möglich waren. Für Menschen in Obdachlosigkeit ist eine Wartezeit von mehreren Monaten oder gar Jahren kein adäquates Angebot. Der weitere Ausbau von Housing-First-Angeboten ist deshalb dringend notwendig.



## Bahnhof Zoo

Am Bahnhof Zoo ließen sich im Laufe des Jahres wieder vermehrt Adressat:innen unter der Brücke in der Hertzallee nieder. Im Jahr zuvor wurden Adressat:innen dort massiv eingeschüchtert und mieden diesen Ort. In diversen Gremien thematisierten wir die Situation und zogen auch in Erwägung, juristisch gegen diese Art von möglicherweise rechtswidrigen Verdrängungsmethoden vorzugehen. Im Laufe des Jahres konnten wir dann keine derartigen Verdrängungsversuche mehr feststellen.

Bereits 2023 haben wir an Info-Veranstaltungen bezüglich des geplanten Projektes „Smart Space Hardenbergplatz“ teilgenommen. Im Mai 2024 startete eine Testphase des Projektes, bei der eine kleine Fläche auf dem Parkstreifen vor dem Haupteingang des Bahnhofs Zoo für Veranstaltungen zur Verfügung stand. Zur Nutzung der Fläche konnte man online eine Konzeption einreichen. Dies sollte die Beantragung einer Sondernutzungsgenehmigung des öffentlichen Raums bei der zuständigen Ordnungsbehörde vereinfachen. Auf der Fläche standen zu dieser Zeit drei Wägen (ähnlich einem Bau- bzw. Wohnwagen), die man für 19,-€/h mieten konnte.



Die Wägen waren ausgestattet mit Tisch, Sitzbänken, Monitor sowie Internetverbindung. Uns wurde mitgeteilt, dass diese Wägen beispielsweise von Geschäftsleuten für Besprechungen gebucht werden können. Wir konnten jedoch nie beobachten, dass hiervon Gebrauch gemacht wurde.

**TINY SPACE** No. **2**  
www.tinyspace.com

Everything you need for a perfect work & meeting space:

- Fast 5G WIFI
- Aircon and Heating
- 27" Monitor, incl camera for videocalls
- Whiteboard for workshops
- Blinds for privacy
- Comfy swivel chair

For meetings, interviews, podcasts, workshops, deep work, videocalls, etc.

Rent this TINY SPACE for an hour or more.

**Only 19 EUR/h\***

Book now: 

\*incl.VAT



Da hier Veranstaltungen einfach durchführbar sein sollten und uns anfangs auch signalisiert wurde, dass wir als sozialer Träger mit geringen Kosten rechnen können, entschlossen wir uns, die Fläche an einem Tag zu buchen, um mit einem DJ-Pult Musik für unsere Adressat:innen und die Allgemeinheit zu spielen. Es sollte in lockerer Atmosphäre ein Ort der Begegnung werden. Auch das Bezirksamt sagte sofort seine Unterstützung zu, was für uns bedeutete, dass sie diese Veranstaltung gutheißen würden. Es gab letztlich jedoch eine Vielzahl an Auflagen (Lärmemissionsgutachten, etc.), und die Nutzung der vorhandenen Technik war nicht kostenfrei, sondern mit deutlich höheren Gebühren verbunden, als anfangs kommuniziert. Die Kosten von mehreren Tausend Euro konnten wir nicht tragen, sodass dieses Projekt nicht durchgeführt wurde. Generell ließ sich feststellen, dass die Beantragung weder günstiger noch einfacher war als üblich.

Dem Gedanken, Innenstädte „smart“ zu machen, stehen wir kritisch gegenüber. Konkretes können wir hierbei noch nicht sagen, da wir im Moment noch zu wenig Informationen haben, in welcher Art die Digitalisierung

im öffentlichen Raum gestaltet werden soll. Bei Treffen mit diversen Akteur:innen des Pilotprojekts „Smart Space Hardenbergplatz“ ließ sich feststellen, dass an der Idee „Smart Cities“ vor allem zwei Bereiche besonderes Interesse zeigen, da hierbei Daten gesammelt und ausgewertet werden. Zum einen hat die Polizei hieran ganz offensichtlich Interesse, und zum anderen Vertreter:innen aus der Wirtschaft, wie beispielsweise in Charlottenburg die AG City e.V.. Die einen versprechen sich hiervon wohl verbesserte Sicherheit, was jedoch auch mehr Überwachung mit sich bringen würde, die anderen denken an Marktforschung.

Die Folgen, die so eine schleichende Teilprivatisierung und Überwachung des öffentlichen Raums für diverse Nutzer:innengruppen hat, sehen wir kritisch. Insbesondere Menschen, die auf den öffentlichen Raum als Lebensmittelpunkt angewiesen sind, werden hierdurch verdrängt. Ob „Smart Cities“ tatsächlich eine Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen in öffentlichen Räumen erhöhen oder ob dabei nicht nur Akteur:innen, die bereits viel Einfluss haben, diesen weiter ausbauen, bleibt abzuwarten.

## **Netzwerk- & Öffentlichkeitsarbeit**

Während des Jahres 2024 haben wir Vorträge bzw. Interviews zu verschiedenen Themen aus unserem Arbeitsbereich gegeben:

- ▶ **Vorträge über feindliche Architektur bei einer öffentlichen Veranstaltung des Humanistischen Verbands (HVD) sowie im Nachbarschaftstreff Neukölln**
- ▶ **Leitung eines Workshops im Rahmen der Strategiekonferenz des Berliner Senats zum Thema Straßensozialarbeit/niedrigschwellige Angebote**
- ▶ **Ein Workshop zum Thema Obdachlosigkeit für junge Menschen, die einen Bundesfreiwilligendienst absolvieren**
- ▶ **Interviews mit Studierenden zu Themen aus dem Arbeitsfeld für Haus-, Bachelor- bzw. Masterarbeiten**
- ▶ **Workshops mit Studierenden zum Thema Straßensozialarbeit mit wohnungslosen Menschen von verschiedenen Hochschulen**

Des Weiteren trafen wir uns mit der Beauftragten für mobilitätseingeschränkte Personen der BVG und haben dabei unsere Kritikpunkte an der sehr offensichtlich obdachlosenfeindlichen Gestaltung der Wartebereiche des Unternehmens formuliert. Vonseiten der BVG werden z. B. Bügel auf Bänken als reine Aufstehhilfe benannt und hätten nicht auch das Ziel, Personen vom Schlafen abzuhalten.

Wir waren kontinuierlich in den Plena des AK Wohnungsnot und des AK City-Bahnhöfe vertreten. Des Weiteren engagierten wir uns in der BAG Streetwork/mobile Jugendarbeit und übernahmen hier auch Vorstandsarbeit. Wir beteiligten uns zusätzlich an der Aktion #MenschenSindKeinMüll und den zugehörigen Kundgebungen am Tag der Wohnungslosen.

## Gruppenaktivitäten

Um den Adressat:innen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und sie in einem anderen Setting besser kennenzulernen sowie die Beziehung zu vertiefen, haben wir diverse Gruppenaktivitäten durchgeführt. So sind wir zweimal mit unterschiedlichen Gruppen im Sommer an die Ostsee gefahren. Am Safe Place am Ostbahnhof haben wir ein kleines Grillfest veranstaltet, und auf Wunsch von einigen Adressat:innen gab es einen Ausflug in die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen. Dieser Besuch hinterließ einen bleibenden Eindruck und stieß Denkprozesse bei den Teilnehmenden an. Insbesondere ein Adressat, der zuvor des Öfteren leichtfertig rassistische, antisemitische und den Nationalsozialismus verharmlosende bzw. verherrlichende Sprüche äußerte, teilte uns im Anschluss mit, dass er sehr geschockt war und ihm diese Dimensionen nicht bewusst waren. Anhand dieses Beispiels wird deutlich, welche nachhaltigen Wirkungen Gruppenaktivitäten in unserem Arbeitskontext haben können.

Als dauerhaftes Gruppenangebot führten wir unser Fußballprojekt im vergangenen Jahr fort.







## Ocker-Beige Berlin

Zusätzlich zu unserem wöchentlichen Training haben wir verschiedene Aktivitäten mit unserer Fußballmannschaft durchgeführt. Während der Fußball-Europameisterschaft schauten wir gemeinsam zwei Spiele – ein Vorrundenspiel und das Finale – im Café Maggie in Lichtenberg. Hierbei gab es selbstgebackene Pizza und Getränke. Im Rahmen der EM veranstaltete Anstoß e.V. auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg über eine Woche die Homeless EURO 2024. Wir besuchten das Turnier der wohnungslosen Fußballer aus verschiedenen europäischen Ländern an einem Tag.



Im Sommer haben uns die Fußballmannschaften der Union Sozialer Einrichtungen (USE) - ein Träger der Eingliederungshilfe - zu einem Freundschaftsturnier in Adlershof eingeladen. Nachdem wir 2023 einen Spieler zum Homeless World Cup nach Sacramento in die USA schicken konnten, stellten wir auch 2024 wieder einen Vertreter für das Team Germany. Das weltweit größte Sportevent für wohnungslose Menschen fand diesmal in Seoul in Südkorea statt.

Im Oktober nahmen wir an den Deutschen Meisterschaften in Freiburg im Breisgau teil, bei denen wir mit dem sechsten Platz unser bestes Turnierergebnis bei nationalen Meisterschaften erreichten. Im Anschluss an das Turnier wurden wiederum Spieler für den Homeless World Cup 2025 in Oslo/ Norwegen nominiert. Auch für dieses Turnier ist wieder ein Spieler von Ocker Beige Berlin vorgesehen.

Im Dezember ließen wir das erfolgreiche Jahr in einem Restaurant bei einem gemeinsamen Essen ausklingen.

Ende des Jahres wurde leider unser Beratungsbus geklaut. Immerhin hat sich damit der langwierige Antragsprozess für die Parkvignette erübrigt.





# Drop Out Mitte

## Personelle Veränderung

Nach Jahren häufiger personeller Veränderungen hat sich wieder Stabilität für das Drop Out Mitte Team eingestellt. Zum Ende des Jahres hatten wir lediglich einen absehbaren Personalwechsel aufgrund der Rückkehr einer Kollegin aus der Elternzeit.

## Gruppenaktivitäten

Im vergangenen Jahr haben wir vermehrt Gruppenaktionen angeboten. Auf Wunsch von Adressat:innen haben wir im Sommer das Technik-Museum besucht und davor gemeinsam ausgedehnt gefrühstückt. Mit einer großen Gruppe haben wir eine entspannte Spree-Schiffahrt mit Kaffee und Kuchen unternommen und waren zusammen im Kino. Ein Teilnehmer äußerte nach dem Kino, dass er zum ersten Mal seit langer Zeit wirklich abschalten konnte und nicht darüber nachdenken musste, wo er am besten Flaschen sammeln kann, um Geld zu verdienen. Unser gemeinsames Weihnachts-Burger-Essen war für alle ein schöner Jahresausklang. Insgesamt lässt sich festhalten, dass diese Gruppenangebote dazu beitragen, Beziehungen zu festigen, Vertrauen zu vertiefen und wir auch neue Adressat:innen besser kennenlernen konnten. Die Gruppenaktionen führten dazu, dass Adressat:innen sich uns gegenüber öffneten und unsere Hilfe in Anspruch nahmen.

Neben diesen soziokulturellen Gruppenaktivitäten haben wir auf Wunsch von Adressat:innen gemeinsam verschiedene politische Aktionen angeschoben bzw. daran teilgenommen.

Zum einen haben wir am 11. September, dem Tag der Wohnungslosen, eine Kundgebung organisiert, um auf dem Alexanderplatz auf die zunehmenden Räumungen und die Verdrängung von Menschen in Wohnungsnot aus dem öffentlichen Raum aufmerksam zu machen (siehe Abschnitt Tag der Wohnungslosen #MenschenSindKeinMüll). Zum anderen besuchten wir mit Adressat:innen eine Kundgebung gegen die Kürzungsvorhaben des Senats in der Wohnungshilfe.

Dies geschah auch auf ausdrücklichen Wunsch einzelner Adressat:innen, deren Bedürfnis nach Teilhabe an politischen Prozessen und Selbstwirksamkeit wir selbstverständlich unterstützten.







## Alexanderplatz

Der fortlaufende Trend zunehmender Verdrängung und Repression von obdachlosen Menschen ist am Alexanderplatz besonders spürbar. Bis zu zwölf Räumungen pro Woche, insbesondere vor großen touristischen Ereignissen wie der Fußball-EM sowie bei verschiedenen (Weihnachts-)Märkten und Veranstaltungen, wurden durch das Ordnungsamt Mitte durchgeführt. Die Sinnlosigkeit dieser regelmäßigen Räumungen ist offensichtlich: Unsere Adressat:innen werden von einer Straßenseite zur anderen verwiesen, ohne dass sich ihre Situation im Geringsten verbessert. Wie bereits in den vorangegangenen Jahresberichten beschrieben, stellen diese Räumungen für unsere Adressat:innen eine zusätzliche Belastung und eine Quelle weiterer Unsicherheit dar. Die Häufung dieser Maßnahmen erschwert ihre ohnehin schon prekären Lebensumstände noch weiter. Darüber hinaus haben die Räumungen problematische Auswirkungen auf unsere Arbeit, da sie die Begleitung und Unterstützung unserer Adressat:innen erschweren und bis hin zu Beziehungsabbrüchen führen können – auch mit Menschen, mit denen wir jahrelang in Kontakt standen. Häufig können wir diese Personen nicht mehr an ihren gewohnten Plätzen antreffen und haben keine Möglichkeit, sie erneut zu erreichen, weil sie entweder keine Handys besitzen und/oder sich in anderen Regionen der Stadt aufhalten. So müssen wir bedauerlicherweise aus unserem letzten Jahresbericht zitieren: „Jede Räumung ist eine zu viel!“-

Eine weitere Herausforderung im letzten Jahr war die verstärkte Verdrängung im Rahmen des neuen Reinigungs- und Sicherheitskonzeptes der BVG entlang des südlichen Abschnitts der U-Bahnlinie U8 (siehe Abschnitt U8 Sicherheits- und Reinigungstreife). Auf unseren Rundgängen wurden für uns die Auswirkungen sichtbar: So hielten sich u. a. von der Verdrängung betroffene Adressat:innen vermehrt im Bereich der Jannowitzbrücke auf. Viele davon sind schwer suchtkrank, weshalb wir den engen Kontakt zu Fixpunkt e.V. suchten, und die Kolleg:innen dort nun auch regelmäßig vor Ort sind. In der Folge der starken Verdrängung kam es unweigerlich zu einer Verlagerung von Hotspots – daher überrascht es uns, dass die BVG darüber verwundert ist, dass Adressat:innen auf anderen Streckenabschnitte ausweichen.





## Hauptbahnhof

Auch am Hauptbahnhof haben wir den Sommer über und vor allem im Vorfeld der Fußball-EM eine massive Verdrängung beobachten können. Zum Teil über Jahre aufgebaute Kontakte, gerade mit Menschen, die starke psychische Beeinträchtigungen haben, gingen durch wiederholte Räumungen verloren. Darüber hinaus erreichten uns im Laufe des Jahres Anfragen der Deutschen Bahn mit der Bitte um Zusammenarbeit, damit „Maßnahmen gefunden werden, die künftig die Vorplätze des Berliner Hauptbahnhofs sicherer gestalten und sowohl Hausieren als auch aggressives Betteln unterbinden“ sollen. Des Weiteren stand eine Ausweitung des Hausrechts der DB auf die Bahnhofsvorplätze im Raum, was nach einer Thematisierung im AK City von der Bahn letztlich doch verneint wurde. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass eine Zusammenarbeit im Rahmen sicherheits- und ordnungspolitischer Aufgaben den Standards der Straßensozialarbeit widerspricht und auch eindeutig nicht unser Auftrag ist, was wir gegenüber der DB auch klar formuliert haben.

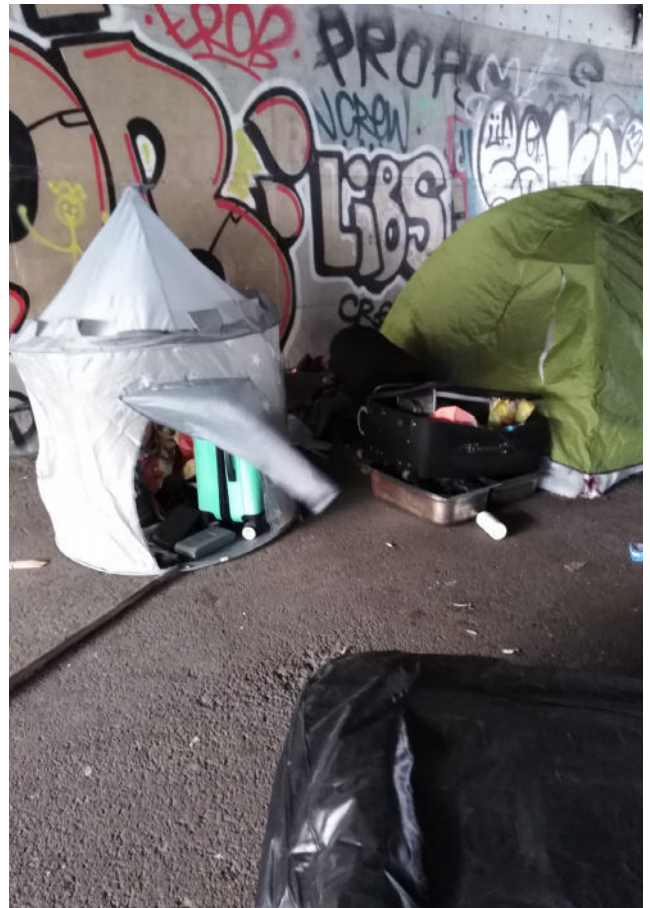
Weiterhin sehen wir die Argumentation, die Vorplätze sicherer zu gestalten – im Hinblick auf das „subjektive Sicherheitsgefühl“ der Fahrgäste – in Verbindung mit der Forderung, „Hausieren“ sowie „aggressives Betteln“ zu unterbinden, problematisch. Betteln stellt weder eine Straftat dar, noch ist es ein sicherheitsrelevantes Thema. Bettelnde Menschen tun dies nicht, um andere zu belästigen, sondern um in äußerst prekären Lebenssituationen ihr Überleben zu sichern. Darüber hinaus erscheint der Begriff „Hausieren“ im Kontext des Hauptbahnhofs stigmatisierend, besonders für diejenigen, die dort Obdachlosenzeitungen verkaufen. Eine positivere Gestaltung der Vorplätze würde aus unserer Sicht bedeuten, dass hier ein echter Ort zum Verweilen für alle Menschen und Nutzer:innen entsteht, wo niemand auf kalten Böden oder auf harten Betonflächen sitzen oder warten muss. Wünschenswert wären zudem überdachte, wettergeschützte Aufenthalts-/Wartebereiche im Umfeld des Hauptbahnhofs sowie kostenlose Trinkwasserbrunnen.



## Friedrichstraße

Auch am S- und U-Bahnhof Friedrichstraße wurde versucht, das „subjektive Sicherheitsempfinden“ der Fahrgäste und Nutzer:innen des Einkaufsbahnhofs zu erhöhen. Hier werden (wie auch am Ostbahnhof, siehe Drop Out Focus) seit einiger Zeit sogenannte Bahnhofsläufer:innen eingesetzt. Diese sollen nach eigenen Angaben zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Sicherheitsgefühls beitragen, indem sie Präsenz zeigen und deeskalierend wirken. Darüber hinaus würden sie eng mit verschiedenen sozialen Trägern zusammenarbeiten. Uns erreichte jedoch keinerlei offizielle Anfrage. Wir sehen den Ansatz der Bahnhofsläufer:innen kritisch, da hier ordnungspolitische Aufgaben mit sozialarbeiterischen Tätigkeiten vermischt werden. Die Mitarbeitenden verfügen in der Regel nicht über eine sozialarbeiterische Ausbildung, sodass komplexe soziale Probleme nicht adäquat erkannt oder adressiert werden können. Zudem arbeiten die Bahnhofsläufer:innen eng mit der DB-Sicherheit zusammen, sodass ihre Rolle in erster Linie auf die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit ausgerichtet ist, anstatt auf die langfristige, fachlich fundierte Unterstützung von Menschen in Not.

Unsere Rundgänge an der Friedrichstraße haben sich im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren verändert. Wir trafen nun wieder regelmäßig feste Gruppen von Adressat:innen an. Das ermöglichte es uns, langfristige Beziehungsarbeit zu leisten und gemeinsame Gruppenaktionen anzubieten. Zudem konnten wir hier in diesem Jahr vermehrt Menschen, die zum Teil Jahrzehnten lang auf der Straße gelebt haben, dabei begleiten, ihre selbstgesteckten Ziele zu erreichen und sie trotz der begrenzten Ressourcen im Bereich der Wohnungslosenhilfe an das Hilfesystem anzubinden.



## Kooperation & Kürzungen

Ein wichtiger Grundstein geglückter Unterbringungen im vergangenen Jahr war die enge Zusammenarbeit mit den Mitarbeiter:innen der Aufsuchenden Sozialen Wohnhilfe in Mitte. Die Sozialarbeiter:innen halfen besonders durch ihren engen Kontakt in die zuständigen Behörden, wo die Adressat:innen und wir häufig auf bürokratische Hürden und unklare Zuständigkeiten stießen.

Dafür möchten wir uns bei den Kolleg:innen herzlich bedanken – ebenso bei den Frostschutzengeln und den Kolleg:innen von BeWiM. Insbesondere sie halfen durch ihre Sprachkompetenzen und bei der Durchsetzung schwer nachweisbarer Leistungsansprüche von EU-Bürger:innen.

Wir schätzen die Arbeit dieser Projekte sehr und waren am Ende des Jahres zutiefst besorgt über deren finanzielle Unsicherheit. Wir hoffen, dass diese die Finanzierung erhalten, die sie benötigen. Der Wegfall dieser Projekte wäre ein enormer Verlust für die Hilfelandschaft!

## Forderung Tagestreff

Ein wichtiges Netzwerk für uns stellt darüber hinaus die AG Straße dar. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht aus Praktiker:innen der aufsuchenden Sozialen Arbeit in Berlin Mitte. Innerhalb dieser AG teilten wir die Frustration, dass das Hilfesystem offensichtlich endgültig an seine Grenzen stößt: Es ist nahezu unmöglich, Menschen von der Straße in sichere Unterkünfte zu vermitteln, da die verfügbaren Einrichtungen überlastet und die Ansprüche gegenüber Behörden und Ämtern immer schwieriger durchzusetzen sind. Zudem findet eine stetig wachsende Verdrängung von obdachlosen Menschen aus öffentlichen und halböffentlichen Räumen durch Ordnungs- und Sicherheitskräfte statt. Zeitgleich fehlen berlinweit jedoch ausreichend alternative Aufenthaltsmöglichkeiten. So gibt es in Mitte, aber auch in anderen Bezirken, zu wenige niedrigschwellige Tagesaufenthalte, die insbesondere für Menschen ohne Leistungsansprüche eine lebensnotwendige Grundversorgung darstellen.

Zu Beginn des Jahres hat das Team Drop Out Mitte über eine Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung in Mitte eine Große Anfrage zum „Umgang mit Obdachlosen im öffentlichen Raum in Mitte“ initiiert. Wir wollten u. a. herausfinden, welche niedrigschwelligen Angebote der Bezirk nach der Schließung des Tagestreffs Warmer Otto, des Hofbräuhauses und der 24/7-Unterkunft in der Auguststraße noch vorhält. Es stellte sich heraus, dass der Bezirk zwei kleine Einrichtungen fi-

nanziert, die bereits deutlich überlastet sind und z. B. vom Alexanderplatz aus für Adressat:innen schwer erreichbar sind. Im Nachgang zu der Anfrage setzte sich die AG Straße aktiv für die Einrichtung eines neuen Tagestreffs ein. Vorbildfunktion hatte hier der Tagestreff Hofbräuhaus in Berlin Mitte, der hoch frequentiert von den Adressat:innen genutzt wurde und einen Teil der Bedarfe für wohnungslose und obdachlose Menschen gedeckt hatte. Gleichzeitig kann die Implementierung von niedrigschwelligen Angeboten wie diesen lediglich als Symptombekämpfung bewertet werden. Die eigentlichen Probleme wie das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum sowie ein auf die Bedürfnisse von besonders vulnerablen, wohnungslosen Menschen – z.B. ohne Leistungsanspruch oder mit psychischen Beeinträchtigungen – abgestimmtes Hilfesystem werden dadurch nicht behoben. Dennoch bleibt ein zentral gelegener Tagestreff eine unverzichtbare Maßnahme, um in der aktuellen Situation gegenzusteuern und eine Grundversorgung, Überlebenshilfe und adäquate Unterstützung der Adressat:innen im Bezirk Mitte und darüber hinaus zu gewährleisten. Die Forderung der AG Straße wird zu Beginn des Jahres 2025 mit Unterstützung des AK Wohnungsnot und verschiedenen Trägern der Wohnungslosenhilfe sowie Einzelpersonen aus Wissenschaft und Verbänden veröffentlicht.

Die Forderung wird an politisch verantwortliche Personen auf Bezirks- und Senatsebene adressiert.







## Gremienarbeit & Vernetzung

Neben der AG Straße waren wir kontinuierlich in verschiedenen Arbeitsgruppen und Initiativen aktiv und haben unsere Expertise und Perspektiven eingebracht. Darunter sind unsere Beteiligungen am AK City, dem AK Wohnungsnot, der AG EU-Zuwanderung sowie die Organisation der bundesweiten Fachtagung FEST18+.

Ein Mitglied des Teams nahm im Auftrag der BAG Streetwork und Verdi an einer Veranstaltung des Bundesbauministeriums zum Thema Städtebau und Gestaltung öffentlicher Räume teil. Ziel war es, die Lebenssituation und Bedarfe von Adressat:innen bei der Stadtplanung zu berücksichtigen. Darüber hinaus haben wir Seminaregruppen, wie z.B. von der Fachhochschule Graz, empfangen, um ihnen unseren Ansatz der Straßensozialarbeit vorzustellen und praxisnahe Einblicke in unsere tägliche Arbeit zu geben.

## Fachkräfteaustausch Berlin-Detroit

Im Juni nahm eine Kollegin an dem zum vierten Mal stattfindenden Fachkräfteaustausch zwischen Berlin und Detroit teil. Die Gruppe besuchte neben der University of Michigan School of Social Work verschiedene Einrichtungen, wie z. B. das Ruth Ellis Center, das mit wohnungslosen LGBTQI-Jugendlichen arbeitet.

Weitere Details zu den Erlebnissen und Erkenntnissen der Reise sind auf dem Blog auf der Gangway-Website nachzulesen.



## Fazit

Wir können die Arbeit in der aktuellen Teamkonstellation fortführen. Wir werden uns weiter für die Umsetzung der Forderung eines Tagestreffs im Bezirk Mitte auf allen Ebenen über die AG Straße einsetzen. Wir mischen uns weiter politisch über die Kampagne #MenschenSindKeinMüll für und mit unseren Adressat:innen gegen jedwede Verdrängungs- und Ausgrenzungspolitik sowie Diskriminierung von obdachlosen Menschen ein. Gruppenangebote werden auch im Jahr 2025 ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit sein.

# Drop Out Neukölln

## Personelle Situation

Wie bereits im Jahr 2023 von uns befürchtet, verloren wir durch massive Mittelkürzungen eine Stelle. So mussten wir mit vier statt wie bisher fünf Kolleg:innen in das neue Jahr starten. Im Laufe des Jahres verließ zudem ein langjähriger Kollege das Team. Diese Stelle konnten wir im Herbst jedoch durch eine neue Kollegin nachbesetzen, die unser Team durch ihre Erfahrungen und Sprachkompetenzen in Polnisch und Russisch enorm bereichert.

Zum Jahresende hat eine weitere Mitarbeiterin das Team verlassen. Ob wir die Stelle nachbesetzen können, ist zum jetzigen Zeitpunkt auch für das Jahr 2025 mehr als fraglich.

Damit reduzierte sich unsere Personaldecke von Ende 2023 bis Ende 2024 von fünf auf drei Stellen.

Diese personellen Veränderungen und Unsicherheiten bei der Stellenplanung und -besetzung wirkten sich negativ auf die Kontinuität unserer Arbeit aus: darauf, wie regelmäßig wir auf der Straße unterwegs sein können, wie intensiv wir Einzelfälle betreuen, inwieweit wir den Bereich außerhalb des Rings abdecken und wie aktiv wir an Arbeitsgruppen und Gremien teilnehmen können.

## Auf Neuköllns Straßen – Kontinuitäten und Veränderungen

Auch im Jahr 2024 waren wir als Team Drop Out Neukölln wieder im gesamten Bezirk unterwegs. Gerade in den Sommermonaten war aufgrund der Weitläufigkeit des Bezirks das Fahrrad unser bevorzugtes Fortbewegungsmittel. Ansonsten waren wir zu Fuß oder in manchen Fällen mit dem Beratungsbuss unterwegs. Dies war für die Verteilung von Materialien der Kälte- oder Hitzehilfe (wie beispielsweise Zelte, Schlafsäcke, Isomatten, Wasser in größeren Mengen oder Kleidung) hilfreich. In den Wintermonaten suchten wir verstärkt die U-Bahnhöfe auf. Mit Start der Reinigungsstreifen der BVG im Februar 2024 haben wir dort kaum mehr Adressat:innen angetroffen (siehe Abschnitt U8 – Sicherheits- und Reinigungsstreife).

Unser Hauptbetätigungsfeld war weiterhin der nördliche Teil Neuköllns innerhalb des Innenstadtrings, da sich dort im urbaneren Ballungsgebiet die meisten unserer Adressat:innen aufhalten. Wir suchten auch außerhalb des Rings Orte auf, an denen Obdachlosigkeit sichtbar wurde. Wir konnten eine Verlagerung der Konsument:innen-Szene illegalisierter Drogen in Richtung Südneukölln beobachten. Jedoch war es uns aufgrund der personellen Situation nur punktuell möglich, dort unterwegs zu sein.

Trotz der dünnen Personaldecke konnten wir einige Bereiche unserer Arbeit intensivieren. So gab es eine stärkere Vernetzung mit der mobilen Stadtteilarbeit und den verschiedenen Nachbarschaftszentren in Neukölln. Wir haben mehrere Informationsabende gestaltet und dabei das Ziel verfolgt, die Anwohner:innen für die Situation wohnungs- und obdachloser Menschen zu sensibilisieren. Der Bedarf der Anwohner:innen nach diesen Informationsveranstaltungen ist gestiegen. Gründe hierfür sind neben dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Anwohner:innen auch die tatsächlich gestiegene Sichtbarkeit von obdachlosen und/oder konsumierenden Menschen in den Kiezen als Folge der Verdrängung aus den U-Bahnhöfen durch die BVG Reinigungsstreife.

Im Rahmen dieser Netzwerke haben wir unsere Expertise in den Diskurs einfließen lassen und erläutert, welche Angebote durch Nachbarschafts- und Stadtteilarbeit umgesetzt werden können. Dies ist ein Prozess, der auch im Jahr 2025 weitergehen wird.







## Feindseligkeit gegenüber wohnungslosen Menschen

Im vergangenen Jahr ist uns insbesondere aufgefallen, dass Übergriffe gegen obdachlose Menschen zugenommen haben. Das Spektrum der Feindseligkeiten war dabei breit gefächert. So wurde z.B. Wasser von Balkonen auf Adressat:innen gekippt, Zelte beschädigt und Adressat:innen tätlich angegriffen. Besonders bedrohlich war die Situation für eine Gruppe, die nachts während des Schlafs von einer Brücke aus mit Steinen und Flaschen beworfen wurde. Diese Angriffe häuften sich so sehr, dass die Gruppe nur noch am Tag dort verweilte und für die sichere Übernachtung andere Orte aufsuchen musste. Schlussendlich haben sie den Ort komplett verlassen.

In Neukölln sind 2024 zudem drei Camps von obdachlosen Menschen abgebrannt. Einen betroffenen Adressaten konnten wir nach einem der Brände wieder auffinden. Er teilte uns mit, dass er zum Zeitpunkt des Brandes unterwegs war und seine Habseligkeiten vollständig verbrannt sind. Alle drei Camps lagen in örtlicher Nähe zueinander und die Brände geschahen

auch innerhalb weniger Monate. Für uns liegt es daher nahe, dass es sich um Brandstiftung handelt. Diese Art der Gewalt stellt im Vergleich zu den Vorjahren eine neue Dimension dar, die uns Sorge bereitet.

Passend dazu verschärft sich der Ton der Beschwerden, die uns erreichen. Wohnungslose Menschen werden in vielen Fällen lediglich als Störfaktoren oder Gefahrenquellen benannt. Darin spiegelt sich eine sozialdarwinistische Sichtweise wider, die auch den aktuellen politischen Diskurs bestimmt. Es wird Stimmung gegen sozial benachteiligte Menschen, Bürgergeldempfänger:innen und Geflüchtete gemacht. Wohnungslose Menschen stehen auf dieser Leiter auf der untersten Sprosse. Diese Diskurse, der generelle Rechtsruck in Politik und Gesellschaft sowie die Häufung von Übergriffen stellen für unsere Adressat:innen eine Entwicklung in eine äußerst besorgniserregende Richtung dar. In diesen Kontext lässt sich auch die Verdrängung durch die BVG Reinigungsstreifen einordnen.



## Auswirkungen des U8-Projekts

Im Februar 2024 startete die BVG ein Pilotprojekt auf dem südlichen Teil der U8 unter dem Titel der Reinigungsstreifen. Dazu befindet sich in diesem Jahresbericht eine ausführliche Analyse, da diese Maßnahme nicht nur Neukölln betrifft. Deshalb stellen wir hier lediglich kurz die spezifischen Auswirkungen auf den Bezirk Neukölln und unsere Arbeit dar.

Die Bestreifung der U8-Bahnhöfe in unserem Bereich hat zu einer Verdrängung auf dieser Route geführt. Für uns war es zu Beginn der Maßnahme fast unmöglich, Adressat:innen in den Bahnhöfen anzutreffen, weil so gut wie jedes Mal eine Sicherheitsstreife die Leute weggeschickt hatte. Im Laufe der Ausweitung des Projekts auf die gesamte Strecke der U8 und dann auch auf U7 und U5 war diese hohe Präsenz der Security in unserem Bereich scheinbar nicht mehr aufrechtzuerhalten, sodass wir vereinzelt wieder Adressat:innen in den Bahnhöfen antrafen. Wir konnten beobachten, dass nicht nur die Bahnhöfe leerer waren, sondern auch die direkt angrenzenden Gebiete oberhalb der Bahnhöfe. Darunter litt u.a. besonders das Konsummobil am U-Bahnhof Leinestraße. Durch die Bestreifung der U-Bahnen, in Verbindung mit der erhöhten Polizeipräsenz, kamen weniger Nutzer:innen am Konsummobil an, sodass der Standort aufgegeben werden musste. Damit ist der Kontaktladen Druckausgleich in der Karl-Marx-Straße der einzige Konsumraum in Neukölln. Das ist deutlich zu wenig und wird dem Bedarf im Bezirk nicht ansatzweise gerecht. Der Anita-Berber-Park ist durch die Verdrängung und den Mangel an Konsumräumen wieder verstärkt zu einem Konsum-Hotspot geworden.

Weiterhin konnten wir eine Verlagerung in die U-Bahnhöfe der Linie 7 beobachten, verbunden mit einer höheren Präsenz von Adressat:innen auf der Karl-Marx-Straße. Ein klassisches Phänomen von Verdrängung, da sich die Leute nicht in Luft auflösen, wenn sie von einem Ort vertrieben werden. Wie weiter oben bereits beschrieben, wurde uns auch vermehrt von einer höheren Präsenz obdachloser Menschen in Hauseingängen und Treppenhäusern in den Kiezen berichtet. Die im Absatz zuvor erwähnten Informationsabende für Anwohner:innen standen vielfach in Zusammenhang mit der Reinigungsstreife. Dies zeigt einmal mehr, dass eine einseitige Politik der Repression die komplexen Problemlagen nicht löst, sondern lediglich verschiebt und die (Straßen-)Sozialarbeit vor zusätzliche Probleme stellt.





## Neue Safe Places

Seit Anfang 2024 gibt es in Neukölln einen sogenannten Safe Place mit Wohnboxen, ähnlich denen, die der Verein Little Homes aus Köln herstellt. Im Laufe des Jahres folgte ein weiterer Standort in Britz. Nachdem es in Berlin schlechte Erfahrungen mit dem Kölner Verein Little Homes gab, der das Konzept von Wohnboxen für obdachlose Menschen prominent gemacht hat, wurde die Betreuung der Wohnboxen der My Life My Way gGmbH anvertraut. Diese Art der Behausung ist nicht komplett neu in Berlin, so gibt es diese beispielsweise bereits am Ostbahnhof oder in Kreuzberg. Auch in Neukölln ist es nicht der erste Versuch, obdachlose Menschen in Wohnboxen unterzubringen. Es wurden bereits 2021 einige Hütten im Mittelbuschweg aufgestellt. Dieses Projekt wurde jedoch nach kurzer Zeit wieder beendet.

Das aktuelle Konzept in Neukölln unterscheidet sich von den anderen Standorten in Berlin. Um einen Platz in einer der Wohnboxen zu erhalten, muss die Person Leistungen nach SGB II beziehen. Damit ist der Zugang für viele Menschen erschwert bis unmöglich. Diese Exklusion widerspricht der ursprünglichen Idee von Safe Places: selbstorganisierte, niedrigschwellige Schutzräume für Menschen zu schaffen, die nicht oder nur schwierig an das Hilfesystem angebunden werden können. Zudem führt die Implementierung dieses Modells als Teil des regulären Unterbringungssystems zu einer weiteren Herabstufung der Standards bezüglich der Unterbringung wohnungsloser Menschen. Bei diesen sogenannten Safe Places fehlen sanitäre Einrichtungen, die Möglichkeit zu duschen oder Wäsche zu waschen, Kochmöglichkeiten sowie Strom und Heizung. Die Hütten selbst stellen eine Gefahr für die Gesundheit dar, da sie weder den Brandschutz gewährleisten noch vor Schimmel geschützt sind.

Wir sehen diese Entwicklung äußerst kritisch, gerade auch, weil die Idee diskutiert wird, in anderen Bezirken weitere Standorte nach dem Neuköllner Modell zu eröffnen. Es besteht die Gefahr, dass der Schlüssel zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit in solch Substandardlösungen gesucht wird, anstatt tatsächlichen Wohnraum zu schaffen oder bestehende Hilfesysteme auszubauen.



## Fazit

Das Jahr 2024 zeigte deutlich, wie sehr die Kürzungen im Bereich der Straßensozialarbeit die Arbeit im Bezirk erschweren. Der Rückgang von fünf auf vier Stellen mit der Perspektive auf weitere Personalkürzungen hat erhebliche Auswirkungen auf eine effiziente und nachhaltige Straßensozialarbeit. Durch die verstärkte Netzwerkarbeit haben wir versucht, der Zunahme repressiver Stimmungen und Maßnahmen gegenüber wohnungslosen Menschen entgegenzuwirken. Die ständigen Kürzungen und damit verbundenen Re-Evaluationen der Kapazitäten und Möglichkeiten unserer Arbeit behindern jedoch eine kontinuierliche und konzeptionell durchdachte Arbeit – von der Erreichung der Ziele des Masterplans zur Beendigung der Wohnungslosigkeit bis 2030 ganz zu schweigen.

# Drop Out Treptow-Köpenick

## Teamsituation & Bürosuche

Mitte des Jahres konnten wir einen Mitarbeiter mit 25 Wochenstunden für die Arbeit im Bezirk gewinnen. Somit sind wir nun mit zwei Personen im öffentlichen Raum von Treptow-Köpenick unterwegs.

Wir sind weiterhin auf der Suche nach einer Teilzeitkraft zur Unterstützung des Teams. Da ein Teil unserer Adressat:innenengruppe insbesondere afrikanische Sprachen spricht, gestaltet sich diese Suche nach einer hierfür geeigneten Mitarbeiter:in sehr schwer, zumal der zur Verfügung stehende Stellenumfang für eine Fachkraft wenig attraktiv ist. Der Einsatz von Peer-Helfer:innen mit entsprechender Sprachkompetenz könnte einen Lösungsweg darstellen.

Leider konnten wir bisher keine geeigneten, im Bezirk befindlichen Räume für ein Teambüro finden. Grund hierfür sind die Mindestvertragslaufzeiten, die unsere Finanzierungssicherheit erheblich überschreiten, und die Mietpreise, die im nördlichen Teil des Bezirks und angrenzenden Kiezen nicht innerhalb unseres Budgets liegen. Wir sind im Gewerbegebiet Neukölln zwischengelandet, suchen aber weiter nach näher gelegenen Büroraum, vorzugsweise in Nordtreptow. Die schwierige Situation auf dem Berliner Immobilienmarkt macht sich nicht nur bei der Wohnungssuche bemerkbar, sondern betrifft auch günstige Gewerbeeinheiten für soziale Träger.



## Aktivitäten im Bezirk

Im Jahr 2024 waren wir nahezu im gesamten Bezirk aktiv. Unsere Einsätze konzentrierten sich auf Sozialräume in Plänterwald, Baumschulenweg, Schöneweide, Wuhlheide, Adlershof, Johannisthal, Spindlersfeld, Altglienicke, Grünau, Müggelheim, Friedrichshagen und Rahnsdorf. Besonders präsent waren wir am S-Bahnhof Treptower Park, in Alt-Treptow, im Treptower Park sowie im Schlesischen Busch.

Die Arbeit in einem Flächenbezirk ist dadurch gekennzeichnet, dass sich die Lebensräume der einzelnen oder in Kleingruppen zusammengefundenen Adressat:innen oft an eher versteckten Orten (Parks, Brachen, Forsten, Friedhöfe) in weit voneinander getrennten Sozialräumen befinden, die Vorortcharakter tragen. Im Jahr 2024 stellten wir Erstkontakte zu 134 männlichen\*, 24 weiblichen\* und einer diversen\* Person her. Wiederholte vertiefende Kontakte gab es mit 400 männlichen\*, 99 weiblichen\* und 8 zum genannten diversen\* obdachlosen Menschen. Zudem führten wir 48 Umfeldberatungen mit konfliktbetroffenen Personen durch, z. B. rund um eine Tram-Haltestelle in Friedrichshagen, mit der Leitung und mit Bewohner:innen des Obdachlosenwohnheimes Haus Charlotte und den beschwerdeführenden Anwohner:innen, mit leitenden kirchlichen Angestellten in Oberschöneweide und Baumschulenweg sowie mit der Anwohner:innen-Initiative am Grünen Anger Plänterwald. Insgesamt legten wir im Bezirk ca. 8.000 Kilometer mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Autos zurück.

Unsere Rundgänge im Kunger-Kiez wurden um den Schlesischen Busch erweitert. Der Vertrauensaufbau mit den meist aus afrikanischen Staaten stammenden Männern ist herausfordernd, da tiefgehende Gespräche Zeit und Sprachkompetenz erfordern. Dank unserer





langjährigen Verbindung zur Wagenburg Lohmühle wurde die Kontaktaufnahme erleichtert. Hier stellten wir in der Zeit von September bis Dezember 2024 Erstkontakte zu 37 männlichen Personen und einer weiblichen Person her und vertieften die Kontakte zu 93 männlichen Personen und einer weiblichen Person. Tiefergehende Hilfeprozesse gestalten sich jedoch weiterhin schwierig. Regelmäßige Vernetzungstreffen fanden mit Fixpunkt e.V. statt.

### **Obdachlosigkeit und Konflikte im öffentlichen Raum**

Zunehmend häufiger begegnen wir suchtmittelabhängigen und/oder psychisch kranken bzw. beeinträchtigten Obdachlosen, vor allem im nördlichen Teil Treptows, aber auch in Sozialräumen in den Randlagen des Bezirks.

Im Treptower Park und Plänterwald trafen wir regelmäßig obdachlose Menschen, die dort Zelte errichtet hatten. Nach Räumungen durch Ordnungsamt und Polizei tauchten sie oft wenige Meter weiter wieder auf. Wir stehen hierzu im Austausch mit der Revierleitung, um auf die Bedarfe unserer Adressat:innen hinzuweisen und für alle einen tragbaren Zustand zu erreichen.

Defekte Kleiderspende-Container in der Kieffholzstraße führten zu Müllansammlungen und Streitigkeiten in der Nachbarschaft. Nach langwierigen Gesprächen mit der Betreiberfirma und dem Kunger-Kiez-Netzwerk wurden die Container schließlich entfernt. Die Fläche ist nun (zu unserem Bedauern) dauerhaft eingezäunt und somit nicht mehr öffentlich zugänglich.

Im Schlesischen Busch wurden über 100 vergitterte Container auf einer ehemals öffentlichen Grünfläche errichtet. Die Fläche wurde mit Schotter bedeckt, umzäunt und mit Überwachungskameras ausgestattet. Es fehlt jegliche Beschilderung zu Bauherren oder Bauzweck. Dies erfolgte ohne Bürger:innenbeteiligung und wurde in den Medien kaum erwähnt. Die zunehmende Bebauung öffentlicher Flächen schränkt den Erholungsraum für Bürger:innen und Aufenthaltsorte für unsere Adressat:innen weiter ein. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe an, diesen Entwicklungen kritisch zu begegnen und auf den Schutz des öffentlichen Raums hinzuweisen.

Am S-Bahnhof Treptower Park gab es zudem wiederholt Gruppen obdachloser EU-Bürger:innen, die unter starkem Alkohol- und Drogeneinfluss große Mengen Müll hinterließen. Gewerbetreibende verloren ihren Versicherungsschutz aufgrund häufigen Vandalismus. In dieser herausfordernden Situation sahen wir es als unsere Aufgabe an, als Vermittler:innen zwischen den verschiedenen Akteur:innen zu agieren. Dies gestaltete sich kompliziert. Sensibilisierungsversuche und Hilfsangebote wurden kaum angenommen.

Wir nehmen eine Verlagerung von Orten wahr, an denen illegalisierte Drogen konsumiert werden.

Auch vor der Sophie-Brahe-Schule im Plänterwald wurden Rückstände offenen Drogenkonsums gefunden. Wir vermuten daher eine Verdrängung der Szene aus dem Görlitzer Park und dem Schlesischen Busch in die angrenzenden Kieze.

Die Zeltstadt in der Treskow-Allee wurde vom Frühjahr bis Ende des Jahres wieder von ca. 50 Roma bewohnt. Bei dem Problem ihres Zugangs zu Trinkwasser konnten wir vermitteln und eine Lösung erreichen. Wir waren regelmäßig vor Ort, teilweise gemeinsam mit Amarofo e.V.. Zwischen Weihnachten und Neujahr wurde das Lager durch den Eigentümer (in Abwesenheit der Bewohner:innen) geräumt und der Zugang gesichert. Es bleibt abzuwarten, wo sie sich neu ansiedeln werden.

Im Nachgang der Trailerparkräumung in Grünau konnten wir drei Familien beim Umzug in eigenen Wohnraum, vermittelt durch die soziale Wohnhilfe, begleiten und unterstützen. Es war uns eine (seltene) große Freude.



## Zum guten Schluss

Ein mediales Highlight des vergangenen Jahres war die Begehung sozialer Räume mit einem ZDF-Team. Der Beitrag zur Obdachlosigkeit wurde am 28. September im Länderspiegel ausgestrahlt.

Hier geht's  
zum Beitrag:



Bedanken möchten wir uns beim 1. FC Union Berlin, der die Arbeit der Drop Out Teams wiederholt durch großzügige Spenden von Schlafsäcken und speziell auf den Bedarf unserer Adressat:innen zusammengestellten Goodie-Bags unterstützte.

## Ausblick

Wir sind weiterhin auf der Suche nach Büroräumen im Bezirk und hoffen, noch im ersten Quartal 2025 einen geeigneten Ort hierfür zu finden.

Die Aussichten für die erst vor gut einem Jahr begonnene Arbeit in Treptow-Köpenick auf das Jahr 2025 sind angesichts einer sehr unsicheren Finanzierungsgrundlage insgesamt nur schlecht vorhersagbar. Wir müssen leider davon ausgehen, dass wir trotz steigendem Bedarf, multikomplexen Problemlagen und intensiver Adressat:innen-Arbeit mit erheblichen Kürzungen rechnen müssen. Straßensozialarbeit ist jedoch auf eine langfristige Perspektive angewiesen, um ihrem Auftrag gerecht zu werden, Kontakt zu schwer erreichbaren Zielgruppen herzustellen. Grundlage hierfür ist Vertrauensaufbau durch Beziehungsarbeit.

Durch unsichere und kurze Finanzierungszeiträume kann eine kontinuierliche und erfolgreiche professionelle Arbeit mit den Adressat:innen nicht gewährleistet werden.

Ob wir mit der derzeit unklaren Finanzierungssituation für 2025 weiterhin die Suche nach einer personellen Verstärkung und die damit erhoffte Erweiterung der Sprachkompetenz unseres Teams erfolgreich abschließen können, bleibt leider sehr fraglich.



# Drop Out X-hain

Die Vielfalt im Team und das besondere Augenmerk auf relevante Sprachkenntnisse bei Neueinstellungen erweist sich nach wie vor als sehr notwendig und sinnvoll. Daher freuen wir uns über eine neue Kolleg:in (seit Oktober 2024 dabei), die uns u.a. für unsere rumänischsprachigen Adressat:innen besser erreichbar macht und ein effektiveres Arbeiten ermöglicht. Ende des Jahres schied eine langjährige Kolleg:in aus unserem Team aus. Insgesamt macht unser derzeitiges Team eine besondere Sprachenvielfalt und das Verständnis für kulturelle Zusammenhänge aus, da wir nicht in Deutschland sozialisiert wurden. Wir sprechen: Polnisch, Russisch, Rumänisch, Darija-Arabisch, Französisch, Spanisch, Niederländisch und Englisch.

## Der Zaun als Symptom eines gesellschaftlichen Defizits

Der Görlitzer Park, einer der zentralen öffentlichen Orte im ehemaligen Kreuzberg 36, ist nicht nur eine der wenigen Grünflächen im Kiez sowie wichtiger Ort der Vielfalt und Begegnung, sondern aufgrund der vielen sozialen Problemlagen auch seit langem im Fokus von Politik und Medien. Mit der angekündigten Umzäunung und nächtlichen Schließung des Parks wird aus unserer Sicht jedoch eine falsche Antwort auf die dortigen sozialen Herausforderungen gegeben. Diese Strategie ignoriert die Ursachen von Armut und Drogenkonsum und agiert nur mit Repression. Aus unserer fachlichen Sicht werden Probleme dadurch lediglich verschoben und verlagert.

Verdrängung der Drogenkonsument:innen und obdachlosen Menschen hat tiefgreifende Auswirkungen auf unsere tägliche Arbeit, da sie die Lebensrealitäten der betroffenen Menschen verschärft und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für Hilfsangebote erschwert. Grundlage der Straßensozialarbeit ist die Beziehungsarbeit, durch die wir Vertrauen aufbauen und die Adressat:innen so in ihrer Lebenslage begleiten, empowern und an das weitere Hilfesystem anbinden können. Den Ausbau langfristiger und bedarfsgerechter Hilfsangebote sehen wir als zielführender an, als den Bau

## Rückblick

Auch 2024 setzten wir unsere kontinuierliche Arbeit in Friedrichshain-Kreuzberg fort. Besonders der Görlitzer Park und das Kottbusser Tor waren dabei Arbeitsschwerpunkte, da sich dort die zunehmenden Verdrängungsmaßnahmen gegenüber unseren Adressat:innen zeigten.



eines teuren Zaunes. Es fehlt ganz generell an Wohnraum, aber auch an akzeptierenden Aufenthaltsorten, Drogenkonsumräumen und legalen Verdienstmöglichkeiten für die hauptsächlich illegalisierte Adressat:innengruppe. Auch unter dem Aspekt von Teilhabe und demokratischer Bürger:innenbeteiligung, sowohl der Adressat:innen als auch der sehr aktiven und engagierten Anwohner:innen, sehen wir den fehlenden Dialog im Entscheidungsprozess um den Zaunbau kritisch.

Auch das Kottbusser Tor, besser bekannt als „Kotti“, ist ein umstrittener Ort in Berlin. Hier kommen viele marginalisierte und vulnerable Personengruppen der Gesellschaft zusammen – ein Knotenpunkt für Menschen in prekären Lebensverhältnissen, aber auch ein Zentrum für kulturelle Vielfalt und urbanes Leben. 2023 wurde der Kotti als kriminalitätsbelasteter Ort eingestuft und die sog. „Kotti Wache“ eingerichtet. Für die Adressat:innen verschärfte sich durch die erhöhte und als bedrohlich wahrgenommene Polizeipräsenz die Situation rund um das Kottbusser Tor. Aufgrund dessen sind wichtige Anlaufstellen in direkter Nachbarschaft für unsere Adressat:innen unattraktiver geworden. Dies betrifft beispielsweise den Konsumraum von Fixpunkt e.V., diverse Angebote zur Versorgung der Menschen wie die Berliner Tafel e.V. oder andere engagierte Akteur:innen der Zivilgesellschaft.



## Kooperationen

Im Jahr 2024 haben uns regelmäßig zwei Kolleg:innen aus dem Projekt TRIA auf unseren Runden im Wrangelkiez und im Görlitzer Park begleitet. Diese Zusammenarbeit hat sich vor allem bei der Gesundheitsberatung als erfolgreich erwiesen. Darüber hinaus kooperierten wir weiterhin mit der Drogenberatung Vista und mit Fixpunkt e.V.. Die gemeinsamen Runden mit der Kollegin von Vista ermöglichten eine niederschwellige und gezielte Vermittlung, die den Adressat:innen viele mühsame Arbeitsschritte erspart. Die gemeinsame Arbeit mit Fixpunkt e.V. war vor allem rund um den Görlitzer Park und das Kottbusser Tor wichtig.

Wir haben einen Anstieg der Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit Drogenmissbrauch und Obdachlosigkeit zu kämpfen hatten, beobachtet. Mit dem Jugendteam Friedrichshain und Kreuzberg, dem CoLab und der Fachsteuerung haben wir deshalb ein regelmäßiges Sozialraumanalyse- und Strategietreffen organisiert. Wir standen auch regelmäßig im Austausch mit Fixpunkt e.V., CoLab, Fachsteuerung und dem Drop Out Team Treptow Köpenick, um die Situation rund um den Görlitzer Park und das Kottbusser Tor zu analysieren und nach geeigneten Lösungen zu suchen. Der Konsum von Heroin, Crack und anderen synthetischen Drogen stellt die soziale Arbeit vor enorme Herausforderungen. Besonders für die steigende Zahl der Crack-Konsument:innen gibt es derzeit noch keine Konzepte oder medizinische Behandlungsmöglichkeiten. Auch die massiv persönlichkeitsverändernde Wirkung dieses Konsums erschwert die Arbeit mit den Adressat:innen. Hinzu kommt eine sichtbare Verelendung der Suchtkranken und die damit verbundene Stigmatisierung. Oft waren wir mit einer Vielzahl von Konflikten konfrontiert. Dabei spielten Drogen und Alkohol, Rassismus und Gewalt bis hin zu Traumatisierungen und psychischen Erkrankungen eine Rolle. Interdisziplinäre Teams könnten für die Arbeit in diesen Kontexten ein sinnvoller Ansatz sein, und es wird erneut deutlich, wie erforderlich gemeinsame Kooperationen und der Aufbau von Arbeitsbündnissen sind.







## Sensibilisierung der Nachbarschaft

Wir führten weiter Workshops für Nachbar:innen durch und engagierten uns in den Nachbarschaftshäusern, um den Dialog zwischen unseren Adressat:innen und den Nachbar:innen aufrechtzuerhalten und für gegenseitiges Verständnis zu sorgen. Mit unserer professionellen Perspektive konnten wir dazu beitragen, dass beide Gruppen besser miteinander auskommen und sich mit einer gewissen Toleranz begegnen.

Wir wurden eingeladen, als Expert:innen an der Entstehung eines Lesemaus-Buches zum Thema Obdachlosigkeit mitzuwirken. Das Buch soll Kindern helfen, ihre Umwelt zu verstehen und verschiedene Situationen richtig einzuschätzen. Uns war es wichtig, Vorurteile gegenüber unseren Adressat:innen abzubauen und auf die Komplexität ihrer Lebenslage hinzuweisen.

## Gruppenaktivitäten



Im ständigen Spannungsfeld zwischen der Akutversorgung der Betroffenen und dem Versuch, langfristige Lösungen und Perspektiven mit ihnen zu entwickeln, haben wir auch verschiedene Gruppenangebote durchgeführt. Um die gesellschaftliche Teilhabe der Adressat:innen zu fördern, haben wir z.B. gemeinsame Restaurantbesuche organisiert oder sind mit unseren Adressat:innen zum Bowlen gegangen. Wir grillten mehrmals am Colab im Görlitzer Park und begleiteten auch die Mahnwache gegen Wohnungslosigkeit oder Aktionen zum Tag der Wohnungslosen am 11. September. Solche gemeinsamen Aktionen mit den Adressat:innen, bei denen man sich auf Augenhöhe begegnet und nicht der Hilfeprozess im Vordergrund steht, stärken die Beziehung, die für eine vertrauensvolle und wirksame Arbeit fundamental ist.

## Fortbildungen, Vernetzung und Gremien



Im Juni nahmen wir am FEANTSA-Forum in Wien teil, einem internationalen Treffen von Fachkräften der Wohnungslosenhilfe. Dort hatten wir die Möglichkeit, an verschiedenen Workshops zum Thema Wohnungslosigkeit teilzunehmen und uns mit anderen Sozialarbeitenden auf nationaler und internationaler Ebene zu vernetzen. Im September besuchten wir zudem die bundesweite Fachtagung Erwachsenen-Streetwork FEST 18+ in Kiel. Darüber hinaus haben wir an verschiedenen externen und Gangway-internen Fortbildungen teilgenommen (z.B. Fachtagung Antimuslimischer Rassismus und politische Bildung oder MHFA Erste Hilfe für psychische Gesundheit u.v.m.). Da wir in unserer Arbeit täglich mit sehr komplexen Problemlagen konfrontiert sind, benötigen wir ein breites Spektrum an thematischen Fortbildungen. Wir waren bestrebt, bei aktuellen Themen auf dem Laufenden zu bleiben und waren daher weiterhin aktiv in verschiedenen Gremien und Netzwerken vertreten und brachten dort unsere fachliche Expertise ein: AK Wohnungsnot, AG Sucht, AG Psychische Gesundheit, Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg, Runder Tisch Görlitzer Park, Bündnis Zaunfrei!, AK Queerhome, PLBB (Polnischsprachige Berater:innen in Berlin).

Hier geht's  
zum Beitrag:



## EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger:innen

Oft sind wir die ersten, die mit den Menschen ins Gespräch kommen, wenn der Kontakt zu staatlichen Institutionen oder sozialen Diensten bereits abgebrochen oder gar nicht erst möglich ist. Wir versuchen, Vertrauen aufzubauen und die Adressat:innen bei der medizinischen Versorgung zu unterstützen, sie an Beratungsstellen oder Übernachtungsmöglichkeiten zu vermitteln sowie über ihre Rechte aufzuklären. Oft beschränkt es sich aufgrund der nicht vorhandenen Leistungsansprüche u.a. auf die Bereitstellung von Hygieneartikeln und Akutversorgung.

Im Laufe des Jahres fanden mehrere Treffen zur Thematik „polnische wohnungslose Menschen in Deutschland“ statt. Das Netzwerk Polnischsprachige Berater:innen in Berlin (PLBB) hat ein Treffen in der polnischen Botschaft organisiert. Auch wir nahmen daran teil und konnten die Situation unserer Adressat:innen schildern und unsere Arbeit vorstellen. Die Thematik wurde auch bei einem Vernetzungstreffen im Kulturcafé Club der polnischen Versager von der Organisation Biuro Polonii w Berlinie behandelt. Als Expert:innen der Straßensozialarbeit brachten wir unsere fachliche Sicht ein und wiesen auf die Bedarfe unserer Adressat:innen hin. Radio Cosmo produzierte hierzu einen Beitrag für die Sendung Cosmo po polsku, für den eine Kolleg:in aus dem Team ein Interview gab.

Nennenswerte Ergebnisse der o.g. Treffen sind neben der wichtigen Vernetzung die Stärkung bestehender Verbindungen zur polnischen Botschaft (Ausstellung eines Reisepasses für 28 Euro, erleichterter Zugang zu möglichen Leistungen der Botschaft u.v.m.) und die Entstehung eines AKs für polnisch sprechende Sozialarbeiter:innen, die explizit mit polnischen wohnungslosen Menschen in Berlin arbeiten.

## Fazit

Die anhaltende Wohnungsnot in Berlin verschärft die Situation für wohnungslose Menschen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, verbunden mit sozialer Isolation und psychischer Belastung der Betroffenen, hat die Zahl der Menschen, die auf der Straße oder in prekären Wohnverhältnissen leben, weiter ansteigen lassen. Aufgrund der Größe und Dichte, der guten öffentlichen Verkehrslage und schon einiger etablierter Anlaufstellen zieht es viele Adressat:innen nach Friedrichshain und Kreuzberg. Wir sehen daher weiterhin großen Bedarf an Straßensozialarbeit im Bezirk. Aktuell sind wir mit vier Mitarbeitenden für den gesamten dicht besiedelten und hoch frequentierten Bezirk zuständig. Wir können uns daher nur auf einige Hotspots fokussieren und sprechen uns deshalb für eine Aufteilung des Bezirks in zwei 4er-Teams aus – nur so ist es möglich, qualitativ gute Arbeit zu leisten und Überlastung von Kolleg:innen zu vermeiden.

Seit Jahren stellen wir eine erhöhte Fluktuation in unserem Team fest, was einen enormen Aufwand für die Einarbeitung der neuen Mitarbeiter:innen mit sich bringt. Die Arbeitsbelastung führt zu frühzeitiger Resignation – so kämpfen wir mit permanenter Unterbesetzung.



## Ausblick

Wir arbeiten weiterhin am Ausbau der Peer-to-Peer-Arbeit, bei der selbst Betroffene als Helfer:innen agieren und ihre eigenen Erfahrungen in die Arbeit einbringen oder eigene Ideen umsetzen. Diese Form der Unterstützung hat sich als besonders wertvoll erwiesen, da sie das Vertrauen der Betroffenen stärkt und einen niedrigschwelligen Zugang zu Hilfeangeboten ermöglicht.

Wir werden die Gruppenaktivitäten intensivieren und weiterhin die Interessenvertretung unserer Adressat:innen gegenüber der Politik und anderen Akteur:innen wahrnehmen.

Wir hatten das Glück, diese besonderen Menschen kennenlernen und ein Stück im Leben begleiten zu können und nehmen Abschied von:





# Überregionales Clearing DISPATCHING

Das Überregionale Clearing und Dispatching ist eine an die Drop Out Teams angedockte Stelle zur überbezirklichen aufsuchenden Arbeit mit Einzelfällen.

Im Jahr 2024 waren es ca. 80 Anfragen/Meldungen/Hinweise von Anwohnenden, Hausverwaltungen, Bezirksämtern, Baufirmen, Behörden, Kolleg:innen etc. Diese bezogen sich auf bereits obdachlose, wie auch von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen.

Die Arbeit gliederte sich in 4 Schwerpunkte, die ungefähr jeweils ein Viertel der Anfragen umfassten:

1. telefonische Beratung von besorgten Bürger:innen, Verwaltungen oder Behörden
2. aufsuchende Sozialarbeit/Streetwork im gesamten Stadtgebiet/Schwerpunkt Außenbezirke
3. Case-Management bei Adressat:innen mit multiplen Problemkomplexen
4. intensive Einzelfallarbeit/Begleitung

Die Adressat:innen waren überwiegend deutscher Nationalität und männlich. Schwerpunkt war weiterhin die Altersgruppe zwischen 40 und 70 Jahren. Auffällig war in diesem Jahr eine Zunahme von jüngeren Adressat:innen. Daher war die fortlaufende Zusammenarbeit mit den Gangway-Jugendteams in diesem Jahr besonders wichtig.

Viele Adressat:innen zeigten, wie bereits in den letzten Jahren, psychische Auffälligkeiten. Dies ist ein Grund von vielen, weshalb eine Mehrzahl der Adressat:innen nur eingeschränkt in der Lage ist, selbst kleinste Angelegenheiten eigenständig zu regeln und deshalb auf sehr intensive Unterstützung angewiesen ist.

Für 2025 ist die Weiterführung des „überregionalen Clearings“ und der Anwohner:innenberatung weiterhin wichtig, da der Bedarf erwartungsgemäß hoch sein wird.

So bestehen die Aufgaben der Arbeit häufig aus:

- ▶ Beschaffung von Terminen beim LABO und verschiedenen Bürgerämtern und Begleitung der Adressat:innen
- ▶ Begleitung zu Jobcenter oder Sozialamt
- ▶ Antragstellung für Rente oder anderen Leistungsbezug
- ▶ Antragstellung für Unterbringung in Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe
- ▶ Vermittlung bei Problemen mit Vermieter:innen
- ▶ Besuche im Krankenhaus und in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe
- ▶ Antragstellung von rechtlichen Betreuungen bei Rechtsantragsstellen der Amtsgerichte
- ▶ Vermittlung von geeigneten Betreuern und Betreuerinnen
- ▶ Schriftverkehr mit Krankenkassen, Gerichten, Jobcentern, Sozialämtern, Inkassounternehmen, Vermieter:innen, Rententrägern, Banken ...



# Statistik

Im Folgenden wird die Statistik für das Jahr 2024 vorgestellt. Die Statistik ist der Versuch etwas quantitativ darzustellen, was jedoch nur wenig über die Qualität und Intensität unserer Beziehungsarbeit und Hilfeleistungen im Einzelfall sowie die von uns geleisteten gruppenbezogenen Angebote aussagt. Nötige Fortbildungen, der Fachaustausch mit zahlreichen Professionen, immer wichtiger werdende Gremienarbeit und Netzwerkarbeit im Sinne der Adressat:innen spiegeln sich in Statistiken ebenfalls nicht wieder. Die Daten wurden wie immer anonym erhoben und stellen die Situation zum Zeitpunkt des Erstkontakts mit den Adressat:innen dar.

Wie im Jahr 2023 gibt es insgesamt 11 Kategorien, die die im Jahr geleistete Arbeit quantitativ darstellen.

- Alter
- Geschlechterverteilung
- Staatsangehörigkeit
- Menschen mit Fluchterfahrung
- Problemlagen
- Unterkunftssituation
- Wohnungsnotfall
- Krankenversicherung
- Einkommenssituation
- Leistungserbringung
- Zielerreichung

Wir weisen darauf hin, dass die diesjährigen Statistikdaten ohne die unserer Kolleg:innen aus dem Team Drop Out Treptow-Köpenick dargestellt werden. Das Team Drop Out Treptow-Köpenick wird vom Bezirk Treptow-Köpenick finanziert und leitet die entsprechenden Statistiken an diesen weiter. Zudem haben wir im Oktober 2023 unsere Arbeit an der Kurfürstenstraße beendet. Beide Tatsachen führen in der Konsequenz im Folgejahr 2024 zu deutlichen Veränderungen bei den Gesamtdaten im Vergleich zu 2023. Zudem haben sich verschiedene Rahmenbedingungen seit 2023 verändert, die vermuten lassen, dass diese auch Auswirkungen auf unsere Arbeit auf der Straße haben (2023 Schließung Tagestreff im Hofbräuhaus am Alexanderplatz - später Containerbahnhof, seit Februar 2024 Reinigungsstreife U8, steigende Zahl von Räumungen, Görli – Zaundiskussion: siehe Hauptteil).

Ein Vergleich der Zahlen ist von 2024 und 2023 ist nur bedingt möglich.

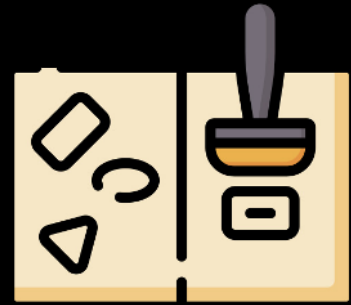
Personen  
haben wir im  
Jahr 2024  
erreicht.

# Auf einen Blick

**85%** der Menschen, mit denen wir arbeiten, **sind zwischen 30 und 59 Jahre alt.**

**Jede fünfte**

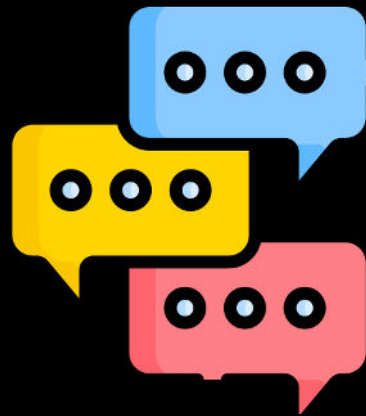
Person, die wir erreicht haben, **ist weiblich.**



**Die Hälfte**

besitzt die **deutsche Staatsbürgerschaft.**

**64%**  
haben **keine**  
**Krankenversicherung.**



**177**  
Menschen haben  
wir **begleitet.**

**5.086** **Beratungsgespräche**  
führten wir im  
Jahr 2024.



**Vier von fünf** sind von **Wohnungslosigkeit** betroffen.

**73%**

leben auf der Straße.



**62%** verfügen über **kein Einkommen.**

**71%**

haben eine **Suchtproblematik.**



**Ein  
knappes  
Drittel**

beziehen Leistungen **nach SGB II, ALG II oder Sozialgeld.**

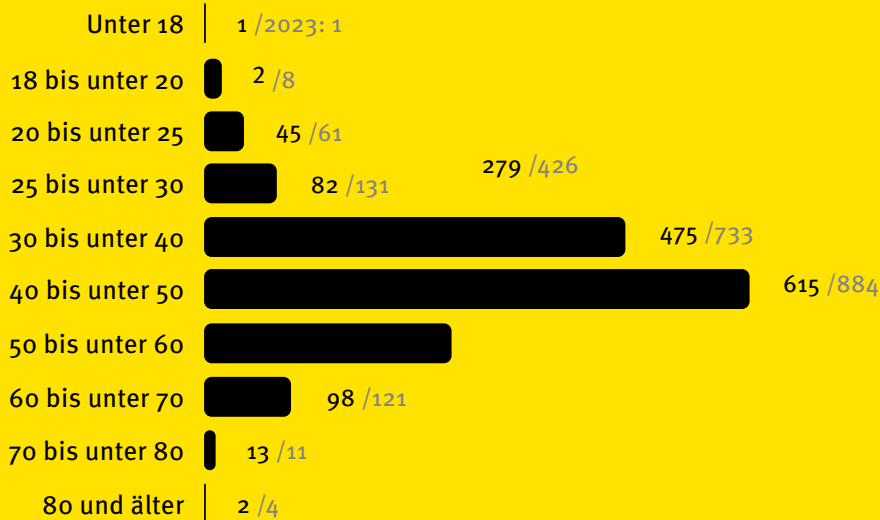
**55%** haben **gesundheitliche Probleme.**

**Ein Viertel** kann nicht ausreichend für die eigene **Hygiene sorgen.**


## Alter

Die Altersverteilung fiel ähnlich wie in dem Jahr zuvor aus. 85% der 2024 erreichten Adressat:innen waren zwischen 30 und unter 60 Jahre alt. 7% waren 60 Jahre und älter und 8% waren unter 30 Jahre alt.


Wir arbeiten also hauptsächlich mit Menschen im frühen bis mittleres Erwachsenenalter. Am häufigsten trafen wir auf Menschen zwischen 40 und 50 Jahren.




## Geschlechterverteilung

  
**80,8%**  
männlich gelesen

>

  
**18,8%**  
weiblich gelesen

>

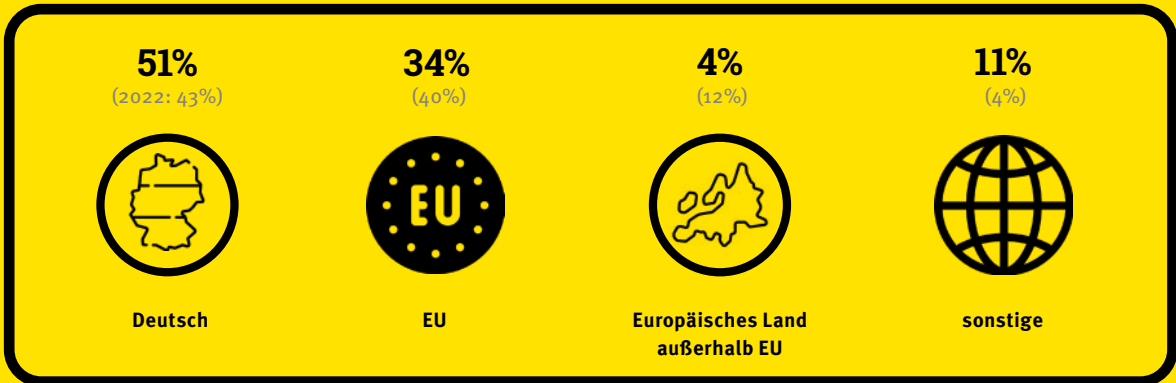
  
**0,4%**  
divers gelesen

Da es nicht in jedem Fall möglich war, die Geschlechtsidentität der Personen zu erfragen, basiert unsere Statistik nur zum Teil auf Selbstidentifikation der Adressat:innen und sonst auf Fremdeinschätzung.

In diesem Jahr waren 80% der Adressat:innen Männer, ein Anstieg um 9%-Punkte im Vergleich zum Vorjahr. 18% waren Frauen, 0,37% waren Menschen mit diversem Personenstand. Der Rückgang bei den Zahlen von Frauen und Menschen mit diversem Personenstand im Vergleich zu 2023 ist mit großer Wahrscheinlichkeit insbesondere mit der Beendigung der Arbeit an der Kurfürstenstraße zu erklären.

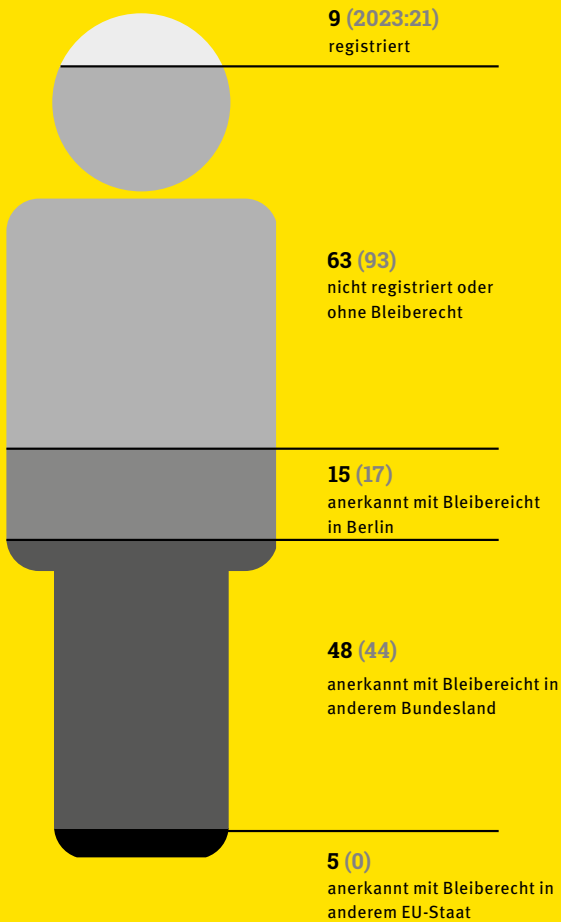


# Staatsangehörigkeit



In den letzten Jahren konnten wir eine generelle Senkung der Zahl unserer Adressat:innen mit deutschem Pass beobachten. Unter anderem durch die Beendigung der Arbeit an der Kurfürstenstraße im Jahr 2024 stieg die Anzahl der Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit jedoch auf 51% (43%/2023) und die Zahl der migrantischen Adressat:innen sank auf 49%. So entsteht wahrscheinlich auch die starke statistische Verschiebung des Personenkreises aus sonstigen Ländern mit 11% im Vergleich zu 4% im Jahr 2023, da sich an der Kurfürstenstraße zahlreiche Personen mit osteuropäischem Migrationshintergrund aufhalten.

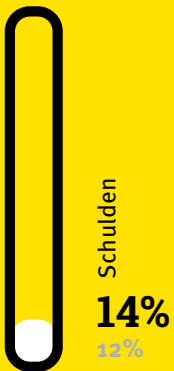
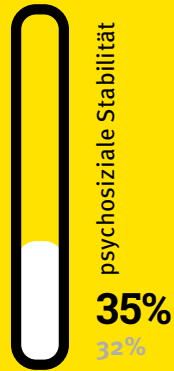
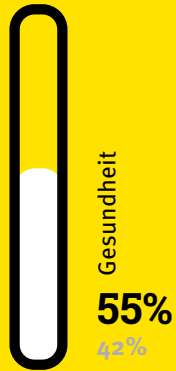
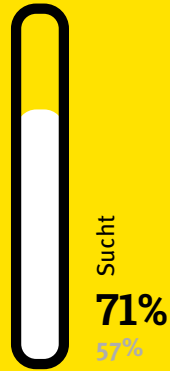
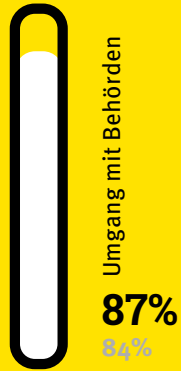
# Menschen mit Fluchterfahrung



2024 trafen wir insgesamt 140 Menschen mit Fluchterfahrung, was 8,5% unserer Adressat:innen ausmacht. Womit die prozentualen Zahlen ähnlich wie im Vorjahr bleiben. Die größte Gruppe, die nicht registrierten oder nicht aufenthaltsberechtigten Personen, hat sich verkleinert (63 Personen gegenüber 93 im Vorjahr). Dagegen ist die Zahl der Personen, die wir mit Bleiberecht in Berlin angetroffen haben, leicht gesunken (17 Personen im Jahr 2023 gegenüber 15 im Jahr 2024). Die Anzahl der Menschen mit Bleiberecht in anderen Bundesländern ist nahezu gleichgeblieben und liegt bei 48 Personen im Jahr 2024. Registriert, also im laufenden Asylverfahren, haben wir 9 Personen angetroffen, was einen Rückgang im Vergleich zum Jahr 2023 (21 Personen) bedeutet. Die Zahl der Personen mit Bleiberecht in einem anderen EU-Land ist von 8 auf 5 gesunken.

Jedes Jahr weisen wir auf die oft hoffnungs- und aussichtslose Situation von wohnungslosen Menschen mit Fluchterfahrung hin. Diese Personengruppe erlebt zahlreiche rechtliche und bürokratische Hürden und Diskriminierungen beim Zugang zum Hilfesystem. Menschen ohne legalen Aufenthalt in Deutschland bzw. Berlin sind in der Regel völlig aus dem System ausgeschlossen und haben kaum Chancen, ihre Situation zu verändern und zu verbessern. Aus diesem Grund ist dies eine der am stärksten gefährdeten Personengruppen, mit denen wir arbeiten.

# Problemlagen



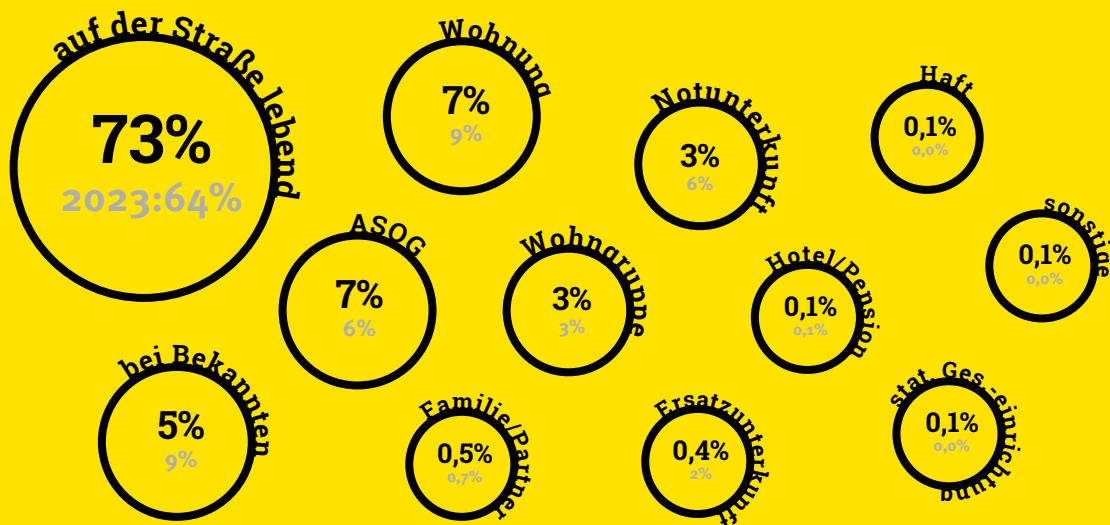


Wie in jedem Jahr versuchen wir, die Problemlage der angetroffenen Adressat:innen aus unserer sozialarbeiterischen Sicht einzuschätzen. Die Problemlagen sind in der Grafik nach ihrer Häufigkeit sortiert.

Wie im Vorjahr waren die meisten unserer Adressat:innen von Problemen mit der Wohnsituation betroffen - 95%, was eine Steigerung um 3%-Punkte im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die Anzahl der Personen, bei denen wir Probleme im Umgang mit Behörden festgestellt haben, ist mit 87,5% unverändert hoch. Daraus lässt sich beobachten, dass die erheblichen bürokratischen Hürden, mit denen unsere Adressat:innen kämpfen, konstant bleiben. Schwierigkeiten im sozialen Umfeld, d.h. in der Familie oder im Freundeskreis, stehen mit 73% wiederum an dritter Stelle. Sprachbarrieren, fehlende familiäre und soziale Kreise in Berlin verstärken dies deutlich. 64,5% der Personen hatten Probleme mit der materiellen Absicherung. Ein Anstieg ist in der Kategorie Arbeit oder Ausbildung zu verzeichnen: 60% der Personen waren davon betroffen (57% im Jahr 2023). Der nicht vorhandene bzw. massiv erschwerte Zugang zu Arbeit und Ausbildung mit festem Angestelltenverhältnis und damit zu eigenem Einkommen und/ oder dem damit verbundenen Erwerb einer Leistungsberechtigung stellt für viele Menschen ohne Obdach ein oft unlösbares Problem dar.

Die Zahl der Personen mit Suchtproblemen ist von 56,5 % im Jahr 2023 auf 70% im Jahr 2024 gestiegen. Wir beobachten insgesamt eine Zunahme des Drogenkonsums, insbesondere von Crack. Dieses Konsumanstieg erschwert uns den Zugang und die Beziehungsarbeit. Wie im Jahr 2023 hatten fast ein Drittel der Personen (35%) Probleme mit der psychosozialen Stabilität. Die Anzahl der von Gewalt betroffenen Personen ist mit 18% (2023/22%) weiterhin hoch und liegt immer noch deutlich über den Zahlen von 2022 (12% 2022). Wir stellen fest, dass sowohl die Gewalt gegen wohnungslose Menschen als auch die rassistische Gewalt (auf persönlicher, institutioneller oder strafrechtlicher Ebene) über die Jahre kontinuierlich eher zunimmt. Hygieneproblemen sind von 19% im Jahr 2023 auf 23% im Jahr 2024 gestiegen. Dies kann teilweise durch die Zunahme von Suchtproblemen erklärt werden, da Sucht dazu führen kann, dass Menschen ihre persönliche Hygiene vernachlässigen. Hinzu kommt, dass viele Menschen aufgrund ihrer Erfahrungen (Diskriminierung etc.) und/oder psychischen Erkrankungen die bestehenden Angebote oft nicht nutzen können. Außerdem bleibt festzuhalten, dass bedarfsgerechte Angebote für die Grundversorgung an dieser Stelle offensichtlich nicht ausreichend in der Stadt vorhanden sind. Der Anteil der Personen mit strafrechtlichen Problemen ist im Vergleich zum Vorjahr etwa gleichgeblieben (12%).

# Unterkunftssituation



73% unser Adressat:innen lebten in diesem Jahr direkt auf der Straße, was eine Steigerung von 10% entspricht. Generell bleibt die Unterkunftssituation unserer Adressat:innen ähnlich dem Vorjahr. Ein leichter Unterschied zeigt sich bei den Personen mit eigener Wohnung, deren Anteil auf 7,5% gesunken ist (2023: 9,5%). Von den Personen, die über eine Wohnung verfügten, befand sich etwa die Hälfte in einer gesicherten Wohnsituation. Die andere Hälfte war aufgrund wohnungsmarktspezifischer und persönlicher Probleme von Wohnungslosigkeit bedroht.

Die Zahl der Personen, die in Notunterkünften übernachteten, ist zurückgegangen (um 2,5 Prozentpunkte), was damit zusammenhängen könnte, dass sich unsere

Adressat:innen in den Notunterkünften oft nicht wohl fühlten. Den Berichten zufolge sind die Räume oft überfüllt und das frühe Wecken und das anschließende Verlassen der Räume sehr unangenehm. Wenn es die Witterung erlaubt, bleiben sie lieber draußen, so die Adressat:innen. Für Paare oder Personen mit Hunden gibt es ohnehin nur wenige Möglichkeiten, eine Notunterkunft in Anspruch zu nehmen. Keine nennenswerten Veränderungen gab es bei der Anzahl der Personen, in ASOG-Unterkünften, bei Verwandten oder Partnern, in Hotels oder Pensionen (Selbstzahler), in anderen stationären sozialen Einrichtungen. In Ersatzunterkünften (Gartenlaube, Wohnwagen, Wohnmobil etc.) und bei Bekannten lebten viel weniger Menschen als im Jahr zuvor.

# Krankenversicherung

64% unserer Adressat:innen hatten im Jahr 2023 keine Krankenversicherung. Diese Zahl ist seit Jahren ähnlich und zeigt deutlich, dass die Mehrheit der wohnungslosen Menschen vom Gesundheitssystem ausgeschlossen ist. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ca. 55% unserer Adressat:innen im Jahr 2024 gesundheitliche Probleme hatten, ist diese Zahl besonders beunruhigend. Der Anstieg um 13% bei den Menschen mit gesundheitlichen Problemen bei gleichzeitig geringeren absoluten Zahlen in der Statistik zeigt eine erschreckende Tendenz, die auch die Arbeit für uns herausfordernder und arbeitsintensiver im Einzelfall macht. Im Vergleich zu 2023 (34,5%) waren mit 35,5% fast genauso viele Personen krankenversichert.



64% | 65%



36% | 35%



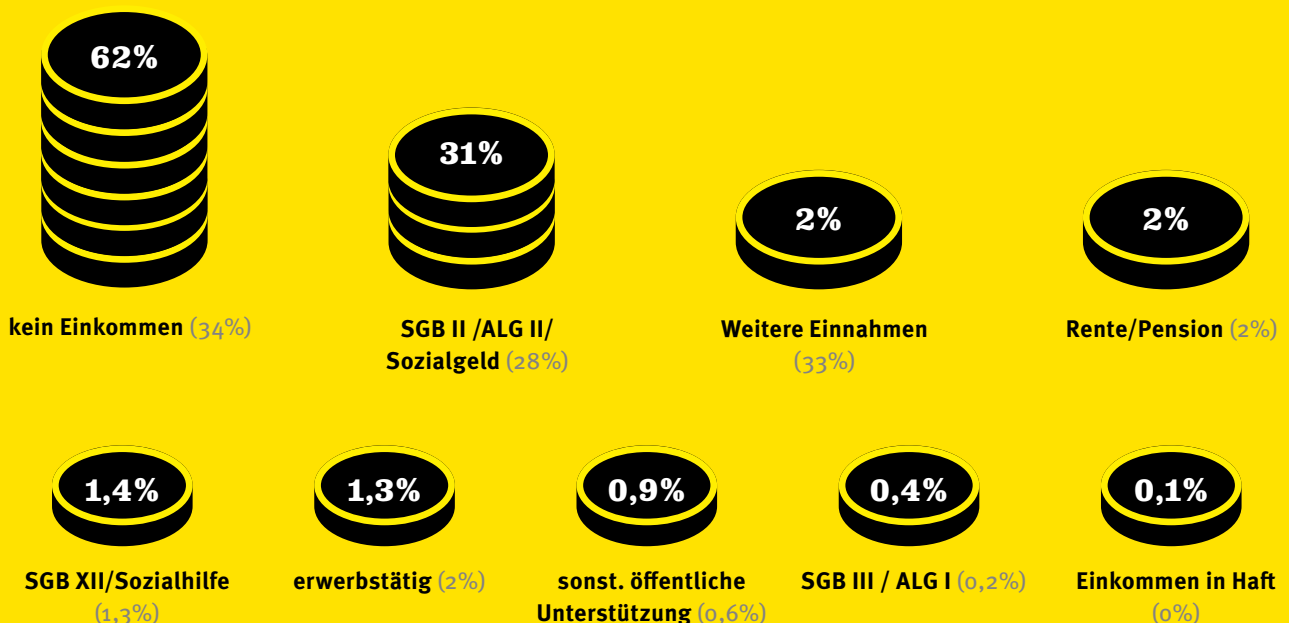
# Wohnungsnotfall

82%   78%	von Wohnungslosigkeit betroffen
10%   8%	von Wohnungslosigkeit betroffen, inst. untergebracht
4%   2%	kein Wohnungsnotfall
3%   3%	unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht
0,1%   7%	in unzumutbaren Wohnverhältnissen

Die Anzahl der Wohnungsnotfälle ist im Vergleich zu den Vorjahren wieder angestiegen, auf 81,5% der Gesamtzahl der Adressat:innen. 10% der Personen, d.h. 2%-Punkte mehr als im Vorjahr, waren in verschiedenen Einrichtungen untergebracht und gleichzeitig von Wohnungslosigkeit betroffen. Der Anteil der Personen, bei denen kein Wohnungsnotfall festgestellt wurde, stieg auf 4,2% (2023: 2,5%). Der scheinbar große Anstieg betrifft in absoluten Zahlen nur wenige Personen (2023: 58 vs. 2024: 68). Menschen, die in einer Wohnung lebten und unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht waren, haben wir 2024 ähnlich viele angetroffen: 3,5% gegenüber 3,3%. Mit diesen Daten stellen wir bei unseren Adressat:innen eine generelle Verschlechterung der Wohnsituation fest.

# Einkommen

Im Jahr 2024 verfügten 62% unserer Adressat:innen über keinerlei Einkommen, das ist eine Steigerung um 28,5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023 mit 33,5%. Diese Veränderung hat vor allem statische Aufnahmeveränderungen als Hintergrund. 30,5% der Adressat:innen, also ca. 3 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2023, bezogen im Jahr 2024 Bürgergeld. Nur 0,8% bekamen sonstige öffentliche Unterstützung, worunter beispielsweise die Leistungen für Asylbewerber:innen fallen.



# Leistungserbringung

Diese Kategorie beinhaltet alle Vermittlungen an andere soziale Institutionen und deren Angebote - auch die, von denen wir keine Rückmeldung von unseren Adressat:innen bekommen, inwiefern Sie diese auch wahrgenommen haben. Im Jahr 2024 haben wir 5086 Beratungen durchgeführt. Dabei hat sich Intensität der Kontakte und Hilfeleistungen in vielen Einzelfällen aufgrund der Komplexität der Bedarfe und durch die Hürden im Hilfesystem erhöht. Dies schlägt sich in zwei Kategorien besonders nieder: So fällt erstens auf, dass wir trotz geringerer absoluter erreichter Adressat:innen deutlich mehr Barbeihilfen als in den Vorjahren leisten mussten 581(36 % aller Leistungserbringungen) im Vergleich zu 390 im Jahr 2023 (16,4 % aller Leistungserbringungen) und zweitens, Adressat:innen insgesamt 282 mal (17,5 % aller Leistungserbringungen) begleitet wurden - im Vergleich zu 235 Begleitungen (10 %) im Jahr 2023. Das bedeutet unter anderem: Barbeihilfen, wie die Beschaffung von Passfotos, Fahrkarten etc. sind immer mit zeitlichem Mehraufwand in der konkreten Situation auf der Straße verbunden und wenn wir an einem Tag sehr intensiv mit einer Person beschäftigt sind (Begleitung zum Jobcenter, zur Sozialen Wohnhilfe, Erstgespräche in möglichen Wohnformen, zu Konsulaten etc.) können am selben Tag in der Folge weniger andere Adressat:innen erreicht und beraten werden. Insgesamt zeigt sich in unserer Arbeit an dieser Stelle, dass eine verstärkte Fokussierung qualitativ gute Arbeit im Einzelfall zu leisten und weniger quantitativ besonders viele Menschen lediglich durch einfache Verweisberatung zu unterstützen, zielführender unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist. Diese Situation ist natürlich für die Erreichung von mehr Adressat:innen nicht ideal - sind wir doch oft die einzige Instanz, die mit diesen Menschen arbeitet und aktiv versucht, ihre Lebenssituation zu verändern – aber wollen wir mehr Menschen mit gleicher Qualität der Arbeit erreichen, benötigt es eine verbesserte Personalausstattung mit möglichst unterschiedlichen Sprachkompetenzen.

Durch unsere intensive Einzelfallarbeit ist die Zahl der an soziale Dienste und Einrichtungen vermittelten Personen deutlich gestiegen: auf 2.623 Fälle gegenüber 2.146 im Jahr 2023. Dies lässt sich mit der Zunahme geeigneter Angebote wie z.B. Housing-First-Projekten und einer besseren Vernetzung mit bestehenden Projekten begründen. Wir beraten Menschen bezüglich Unterbringungen nach dem ASOG, vermitteln aber nicht in diese. Wir vermitteln in diesen Fällen an die Sozialen Wohnhilfen, die dann ihrerseits in Wohnheime, etc. vermitteln. Aus diesem Grund erfassen wir dies in der Statistik als „Vermittlung an soziale Dienste“. Ebenso beraten wir bezüglich Leistungen nach SGB II, III bzw. XII. Ob Anträge diesbezüglich dann gestellt werden und ob sie bewilligt werden entzieht sich häufig unserer Kenntnis und wir erfassen Bewilligungen durch die Behörde nicht.

Die Zahl der Vermittlungen in Angebote des Gesundheitssystems ist in absoluten Zahlen von 135 auf 125 leicht zurückgegangen, prozentual aber gestiegen (2023: 5,7% und 2024: 7,8%). Die Zusammenarbeit mit der Krankenwohnung der Caritas und der Clearingstelle wurde fortgesetzt und ermöglichte eine gezieltere Unterstützung unserer Adressat:innen. Es gilt aber festzuhalten, dass insbesondere die derzeit vorhandenen Angebote im Bereich Gesundheitsversorgung unserer Adressat:innen unzureichend und dringend erweitert werden müssen. Zwei Personen wurden in Rückkehrhilfen vermittelt.

---

## 5.086

---

Anzahl der Beratungen

---

## 2.623

---

Anzahl Klient\*innen vermittelt an/  
in Soziale Dienste/Institutionen/  
Einrichtungen

---

## 581

---

Anzahl geleisteter Barbeihilfen/  
Verfügungsmittel (Passfotos/Fahr-  
scheine o.ä.)

---

## 282

---

Anzahl der Begleitungen

---

## 177

---

Anzahl begleiteter Klient\*innen

---

## 125

---

Anzahl Klient\*innen vermittelt an/in  
Angebote des Gesundheitssystems

---

## 2

---

Anzahl Vermittlungen von Hilfen  
zur Rückkehr ins Heimatland/  
Weiterwanderung

---

## 2

---

Anzahl Vermittlungen wegen  
Umsetzung von Ansprüchen auf  
SGB II-/SGB XII-Leistungen



# Zielerreichung



Diese Kategorie umfasst die erfolgreichen Vermittlungen. Als erfolgreich vermittelt betrachten wir Personen, von denen wir konkret wissen, dass sie die von uns vermittelten Unterstützungsangebote angenommen haben und beispielsweise in entsprechenden Wohnformen untergekommen sind, Leistungsansprüche umgesetzt haben oder ihren Krankenversicherungsstatus wieder bzw. erstmal erlangt haben. Dies stellen wir entweder durch eine persönliche Begleitung oder durch ein Feed-

back fest. Im Jahr 2023 haben wir 504 Personen erfolgreich vermittelt (fast ein Drittel unserer Adressat:innen). Die meisten Menschen davon - 466 (92%) - wurden erfolgreich an/in Soziale Dienste/Institutionen/Einrichtungen vermittelt. 35 Personen wurden erfolgreich in Angebote des Gesundheitssystems vermittelt, 12 Personen mehr als im Jahr 2023. 1 Person wurde erfolgreich in Fragen der Rückkehr ins Heimatland unterstützt.

Unsere Arbeit mit den Adressat:innen ist ein weiterhin wichtiger Bestandteil der Wohnungslosenhilfe, ohne die noch mehr Menschen in sehr prekären Lebenssituationen keine oder kaum Unterstützung erfahren würden und ggf. an das Hilfesystem angebunden werden könnten. Wir haben als Straßensozialarbeitende Einblicke in die Lebenswelten der obdachlosen Menschen, kennen deren Bedarfe und wissen um die Entwicklungen in der HilfELandschaft. Gerade in einer Zeit, in der die ärmsten Menschen immer mehr aus dem Blick der Politik zu fallen drohen, ist es wichtig, mit unserer fachlichen Expertise auf die immer prekärer werdenden Zustände auf der Straße und im Hilfesystem aufmerksam zu machen sowie auf ursächliche Mängel und Missstände hinzuweisen.

Im politischen und gesellschaftlichen Diskurs wird Armut zusehends subjektiviert und nicht als Folge gesamtgesellschaftlicher Fehlentwicklungen ernst genommen.

Für unsere Zielgruppe bedeuten beispielsweise die zu erwartenden Änderungen beim Bürgergeld, dass sie nach den kurzzeitigen Verbesserungen der letzten beiden Jahre wieder vermehrt mit Leistungskürzungen und Leistungsversagungen zu rechnen haben.

Auch der nach wie vor völlig unzureichende (soziale) Wohnungsmarkt und das von Kürzungen bedrohte Hilfesystem lassen eine Verschlechterung der Situation für unsere Adressat:innen erwarten sowie eine Zunahme der Wohnungs- und Obdachlosigkeit insgesamt befürchten.

Der Ausbau von 24/7-Unterkünften ist daher v.a. für besonders vulnerable Personengruppen wie z.B. Nicht-Leistungsberechtigte eine Notwendigkeit.

Darüber hinaus sprechen wir uns für die weitere Verstetigung und den Ausbau der Housing-First-Projekte aus. Bisher erweist sich der Ansatz als erfolgreich, kann den Bedarf aber in keiner Weise decken. Durch die geringen Kapazitäten entstehen lange Wartezeiten und Zugangsbarrieren, welche die eigentlich niedrigschwellige Idee des Konzepts konterkarieren und wodurch der Aufnahme- und Hilfeprozess gerade für unsere Adressat:innen auf der Straße oft zu lange dauert. Langfristig wird sich Housing First aber auch nur durch grundlegende Paradigmenwechsel auf dem Wohnungsmarkt und die Aufstockung personeller und finanzieller Ressourcen der jeweiligen Träger realisieren lassen.

Als Folge der reaktionären Narrative sehen wir auch jetzt schon, dass zunehmend repressiv auf soziale Problemlagen reagiert wird. Die stetigen Räumungen und Verdrängungen prekärer Personengruppen, der Zaunbau am Görlitzer Park oder die Reinigungsstreife der BVG sind nur einige Beispiele für diese Entwicklung. Es fehlt nicht nur an den oben beschriebenen Unterbringungsmöglichkeiten, sondern auch an niedrigschwelligen (Tages-)Aufenthaltsmöglichkeiten. Wir unterstützen daher aktiv die Forderung nach einem Tagestreff im Bezirk Mitte und werden diese im nächsten Jahr nachhaltig an die politischen Entscheidungsträger herantragen.

Die Zunahme von Gewalt gegenüber obdachlosen Menschen ist eine besorgniserregende Entwicklung, die nicht losgelöst von den gesellschaftspolitischen Debatten gesehen werden sollte.

Auch im kommenden Jahr werden wir uns im Sinne unserer Adressat:innen gegen Verdrängung und Repression einsetzen. Dabei können wir auf eine bundesweite Vernetzung zurückgreifen und werden diese auch weiter ausbauen, da die Verdrängung von obdach- und wohnungslosen Menschen aus dem öffentlichen Raum auch in anderen Bundesländern zunimmt.

Trotz der großen Herausforderungen, auch angesichts der wirtschaftlichen und weltpolitischen Lage, dürfen Prioritätensetzungen für einen sozialen Wohnungsmarkt sowie ein funktionierendes und bedarfsgerechtes Sozialsystem nicht vergessen werden.

Inwiefern so der Masterplan 2030 bzw. der Nationale Aktionsplan zur Überwindung der Obdachlosigkeit noch erreicht werden soll, ist für uns fraglich.

Wir hoffen, trotz düsterer Aussichten, weiter in beständigen Teams auf die Straße gehen zu können und die Arbeit mit den Adressat:innen fortsetzen zu können. Wir wissen Stand Ende 2024 nicht, welche Teams in welchen Konstellationen im kommenden Jahr weiter finanziert werden.

Wir setzen uns weiterhin auf gesellschaftlicher und politischer Ebene für die Belange der Adressat:innen ein, werden gesellschaftliche Teilhabe durch Gruppenangebote ermöglichen und versuchen, den einzelnen Menschen bedarfsgerecht zu unterstützen.

Straßensozialarbeit erreicht Menschen in ihrer Lebenswelt, die vom übrigen Hilfesystem nicht (mehr) erreicht werden können oder wollen. Unsere niedrigschwellige Arbeit wirkt langfristig durch Beziehungsarbeit und Vertrauen – dafür ist Kontinuität und Verlässlichkeit wichtig.





**Um Wohnungslosigkeit in Berlin bis zum Jahr 2030 zu beenden, brauchen wir einen Pakt der Stadtgesellschaft, an dem sich der Senat, die Bezirke, die demokratischen Parteien und die Verbände und sozialen Träger des Hilfesystems beteiligen. [...]**

**Berlin kann es schaffen, wenn wir es wollen.**

**Masterplan 2030, S. 19**

## Drop Out Focus


 Conrad-Blenkle-Straße 1  
10407 Berlin

 dropout-focus  
@gangway.de

**Andreas Abel**  
Diplom-Sozialarbeiter/  
Sozialpädagoge  
Mobil: 01578-2830232


**Philip Moninger**  
B.A. Soziale Arbeit  
Mobil: 01578-2830235


**Stefanie Seewald**  
Diplom-Sozialarbeiterin/  
Sozialpädagogin  
Mobil: 01578-2830234

 gangwaydropoutfocus



## Drop Out Mitte

 Schumannstraße 5  
10117 Berlin


 dropout-mitte  
@gangway.de

**Anna Sauerwein**  
Sozialarbeiterin  
Mobil: 0176- 56798265

**Julia Schenker**  
B.A. Pädagogik  
B.A. Soziale Arbeit  
Mobil: 01578- 2830238


**Tino Kretschmann**  
Diplom-Sozialarbeiter/  
Sozialpädagoge  
Mobil: 0176-15283020


**Lucia Preininger**  
(ausgeschieden)  
B.A. Soziale Arbeit

 gangwaydropoutmitte



## Drop Out Neukölln

 Lahnstraße 25  
12055 Berlin

 dropout-neukoelln  
@gangway.de

**Agnieszka Nowakowska**  
B.A. Soziale Arbeit  
Mobil: 0176- 42048420

**Cengiz Tanriverdio**  
Diplom-Sozialarbeiter/  
Sozialpädagoge  
Mobil: 01578- 2830239

**Moritz Speiser**  
B.A. Soziale Arbeit  
Mobil: 0176-15283030


**Sasa Djekic**  
(ausgeschieden)  
B.A. Soziale Arbeit  
M.A. Kultur, Ästhetik, Me-  
dien in Ausbildung


**Susi Raml**  
(ausgeschieden)  
B.A. Soziale Arbeit





## Drop Out Trep.-Köp.

 Lahnstraße 25  
12055 Berlin


 dropout-tk  
@gangway.de


**Jolly Zickler**  
Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge  
Mobil: 0162-7500857

**Manja Piotrowski**  
Diplom-Sozialarbeiterin/  
Sozialpädagogin  
Mobil: 01578- 2830231



## Drop Out X-hain

 Waldemarstraße 57  
10997 Berlin

 dropout-xhain  
@gangway.de

**Alicja Schock**  
B.A. Soziale Arbeit  
Mobil: 0176-57851235


**Ioana Nicolae**  
B.A. Soziale Arbeit  
(in Ausbildung)  
Mobil: 0176-15283060

**Jehan El Rhomri**  
B.A. Soziale Arbeit,  
Kulturelle Anthropologie,  
Außereuropäische Soziologie  
und Agrarwissenschaften (Diplom)  
Mobil: 01578- 2830236

**Marisol Gallardo**  
B.A. Soziale Arbeit  
Mobil: 0151-71245476


**Philipp „Bob“ Baumeister**  
(ausgeschieden)  
B.A. Soziale Arbeit

**Zuza Macynska**  
(ausgeschieden)  
B.A. Soziale Arbeit,  
M.A. Transcultural  
European Outdoor Studies  
in Ausbildung

 gangwaydropoutxhain



## Drop Out Spree

 axel@gangway.de

**Axel Illesch**  
Diplom-Sportlehrer/  
Sportwissenschaftler  
Mobil: 01578-2830233



**Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e.V.**



Schumannstraße 5 | 10117 Berlin  
Telefon: 030 283023-0 | Fax: 030 283023-19  
E-Mail: [info@gangway.de](mailto:info@gangway.de)  
[www.gangway.de](http://www.gangway.de)